Freitag, 25. Oktober 1929 **10 Pfg.** Abendblatt 74. Jahrgang. Nr. 798

BEZUGS-PREIS
Täglich drei Ausgaben, Sonntags und Montags zwei Ausgaben. Beilagen: Das Technische Blatt, Literaturblatt, Für Hochschule und Jugend, Sportblatt, Bäderblatt. Für die Frankfurter Bezugspreis in Deutschland monatlich ℳ 6.– ausschließlich Postgeld, im Ausland nach dem Tarif der am Weltpostverein beteiligt. Postzeitung. Unser Streifband. Postzuschlag. Einzelpreise: 1. Morgenblatt 15 Pfg., N. Morgenblatt 15, Abendblatt 10 Pfg.
ANZEIGEN-PREIS
Mill.-Zeile 40 Pfg. Reklame ℳ 1.– Stellengesuche 20 Pfennig. Familienanzeigen (von der Familie veröffentlicht) Doppelzeile 40 Pfg. / Platz- und Datenvorschrift, ohne Verbindlichkeit
Störungen d. höh. Gewalt od. Aussand berechtigen nicht zu Ersatzansprüchen.

Frankfurter Zeitung

und Handelsblatt

Begründet von Leopold Sonnemann

(Frankfurter Handelszeitung) Fernsprecher Amt Hansa 9160-9175

(Neue Frankfurter Zeitung) Postscheckkonto Frankfurt (Main) 4430

GESCHÄFTSSTELLEN und Generalvertretungen: Frankfurt a. M., Große Eschenheimer Straße 31-37, Schillerstr. 18-24, Berlin W 9, Potsdamer Str. 135, Hamburg, Große Bäckerstr. 9, Köln a. Rh., Constantinstraße 67 u. Hansaring 10, München, Perusastr. 5 u. O 9, Emerson-platz 20, Stuttgart, Poststr. 7, Hannover Leibnizstr. 55 A, Leipzig W 33, Goethestraße 2 I, Erfurt, Viktoria-Straße 24, Wien I, Wollzeile 11, Zürich, Bahnhofstraße 78, Paris 8, 44 Rue de la Bonne Londres E. C. 1, Holborn Viaduct House, Haag-Voorburg, Dr. Bloemkerstraat 21, Brüssel, 47 Rue Montagne aux Herbes Potagères. New York, 154 Fifth Avenue. — Anfragen u. unverl. Einsendungen ist Rückporto beizufügen.
Verlag und Druck: Frankfurter Societäts-Druckerei G.m.b.H.

Frankfurt, 25. Oktober.

Dies ater in New York.

Seit annähernd sechs Jahren bewegen sich die amerikanischen Aktienkurse stetig aufwärts, seit zwei Jahren in ganz besonderer Weise. Seit etwa fünf Wochen war deutlich eine Ermattung der Spekulation und ein Abbröckeln der Kurse zu beobachten. Gestern war der Rückgang besonders stark. Der gestrige Börsenbericht (Vgl. Handelsteil Zweites Morgenblatt) meldet eine ausgesprochene Panik und bezeichnet die gestrige Börse als den schwärzesten Tag seit vielen Jahren. Dieser schwere Kursseinbruch hat genau so wie die vorhergegangene Zeit der Hausse für uns unmittelbare Bedeutung, und deshalb ist es gut, wenn man sich darüber klar wird, wie diese Hausse in den letzten Jahren und wie dieser Kurszusammenbruch zustande kam.

Die Grundlagen der Aktienhausse in Amerika sind nicht allein in der stetigen, durch Krediterleichterung begünstigten gewerblichen Konjunktur zu suchen. Eine starke Anregung ging von der kräftigen Spekulation selber aus, die sich bis Ende 1927 besonders leichter Kreditverhältnisse erfreute. Die danach folgende Verknappungspolitik der Federal Reserve Banken, die seit langem die Kursübersteigerungen mit Sorge beobachteten, griff aber nicht stark genug durch, so daß die Chance, an den stetigen Kurssteigerungen zu profitieren, in Wirkung blieb und das Spekulationsfieber immer breitere Schichten nicht nur der amerikanischen Bevölkerung, sondern auch des Auslandes erfaßte. Nur deshalb war es möglich, jene bedeutenden Emissionsbeträge unterzubringen, die in den letzten Jahren in Amerika herauskamen. Die hohen Sätze für Tagesgeld, die sich im Verlaufe der Hausse einstellten, zogen außerdem beträchtliche Auslandskapitalien an, so daß die Kreditversorgung der Börse auch von dorther erleichtert wurde. Dabei mußte naturgemäß auch die gewerbliche Konjunktur in Amerika Anregungen empfangen.

Vor etwa 5 bis 6 Wochen trat der Umschwung ein. Die Höhe der Kurse war ins Gigantische gewachsen, zu einer Höhe, die dem jetzigen Käufer von Aktien nur eine sehr geringe Rendite verspricht. Das mußte auch die ausländischen Spekulanten ermüden, die nun ganz offensichtlich dabei sind, ihre in Amerika arbeitenden Gelder zurückzuziehen. Die Diskonterhöhung in England und Skandinavien hat dabei wohl geholfen. Welchen Umfang diese Kapitalrückwanderungen haben und haben werden, ist heute noch nicht zu übersehen; aber die schwachen Dollarkurse der letzten Zeit zeigen ziemlich deutlich, daß ihr Umfang nicht gering gewesen sein kann. Dabei haben die mattere Haltung der Börsen in Europa und die allgemeinen Kurssenkungen die Anziehungskraft dieser Märkte erhöht. Nachdem einmal das amerikanische Publikum und Teile der Berufsspekulation ihre Zuversicht in den Fortgang der Hausse verloren zu haben schienen, kam das spekulative Gebäude ins Wanken.

Was der Umschwung für Amerika selbst zur Folge haben wird, läßt sich heute noch nicht übersehen. Es ist möglich, daß die Spekulationsverluste und auch schon das zukünftige Fehlen neuer Kursgewinne weitere Effektenverkäufe, d. h. also weiteren Kursdruck, auslösen werden. Andererseits hat aber die Hochfinanz ein lebhaftes Interesse daran, die Stimmung nicht zu stark verflauen zu lassen, denn die Bestände an unplazierten Emissionen haben noch einen erheblichen Umfang. Darauf deutet schon die Erklärung des Herrn Lamont hin, der die führenden Bankiers von Wallstreet in den Räumen des Bankhauses Morgan zu einer Konferenz versammelte, und dafür spricht auch die Aeußerung von Mitchell, des Präsidenten der National City Bank, die beide beruhigend wirken wollten. Die weitere Entwicklung wird aber nicht nur von Stimmungsfaktoren, sondern auch von der Bewegung des New Yorker Tagesgeldsatzes abhängen, und es ist möglich, daß durch Maßnahmen der Kreditererleichterung ernstere Stauung vermieden werden kann. Eine Diskontherabsetzung, von der man bereits spricht, würde die Lage noch mehr erleichtern. Ob die gewerbliche Konjunktur in Amerika von diesem Kurseinbruch am Aktienmarkt nachhaltig getroffen wird, ist gleichfalls heute noch nicht zu übersehen. Seit einiger Zeit sind auf Teilgebieten gewisse Ermüdungserscheinungen zu beobachten, einstweilen jedoch ohne ernsteren Untergrund. Es kann fraglich erscheinen, ob der starke amerikanische Konjunkturanstieg der ersten Hälfte 1929 sich fortsetzen wird, es spricht aber manches dafür, daß er wenigstens nicht ins Gegenteil umschlägt, obwohl vielleicht gerade Konsumentenschichten von Kursverlusten betroffen werden mögen.

Was bedeutet nun der Kurseinsturz in New York für Europa? Die Rückwanderung europäischer Kapitalien ist naturgemäß von Bedeutung. Ob es darüber hinaus zu einer Wiederbelebung des amerikanischen Kapitalexportes kommt, bleibt zunächst ungewiß angesichts der Verdauungsaufgaben des amerikanischen Kapitalmarktes. Möglich, daß nunmehr der amerikanische Anleihemarkt, der seit Anfang 1928 rückgängige Kräfte zeigt, jetzt zur Belebung kommt und daß auch dem Ausland dort die Unterbringung von Emissionen gelingt. Wenn die Emission der Kreuger & Toll-Werte gestern ohne entsprechenden Erfolg verlief, so ist das angesichts der besonderen Börsensituation begreiflich, besagt aber wohl nichts für die Dauer. Für Deutschland hängt aber von dem Kapitalimport mehr ab als für andere Länder.

Das alles läßt sich im Moment nicht übersehen; soviel erscheint jedoch gewiß, daß die ungewöhnliche und lang andauernde Anziehungskraft der amerikanischen Kapitalmärkte für europäische Kapitalien beeinträchtigt, wenn nicht gar gebrochen ist. Und das bedeutet schon viel für das vorwiegend kapitalarme Europa. Naturgemäß vollziehen sich solche Umschichtungen nicht von heute auf morgen, und solche möglichen Veränderungen werden sich erst dann auswirken können, wenn die gegenwärtige Beunruhigung gewichen ist. Welche Rolle dabei eine gewisse Verstimmung gegen Europa infolge der Häufung von Kreditstörungen gerade in letzter Zeit spielt, muß die Zeit lehren.

Ein Fährdampfer auf dem Michigansee untergegangen.

Racine (Wisconsin), 25. Okt. (United Preß.) Es wird befürchtet, daß bei dem furchtbaren Sturm, der in den letzten Tagen auf den großen Seen tobte, 52 Personen, die gesamte Besatzung des Fährdampfers „Milwaukee", zum Leben gekommen sind. Das Schiff verließ mit 27 Güterwagen an Bord am Dienstag abend Milwaukee auf dem Wege nach Racine (Wisconsin), und seitdem hat man nichts von ihm gehört. Dagegen sind an verschiedenen Stellen der Küste Wrackstücke und zwei Leichen mit Korkwesten, die vom Dampfer „Milwaukee" stammen, angeschwemmt worden. Allem Anschein nach ist also das Schiff mit seiner gesamten Mannschaft ein Opfer des Sturms geworden.

Der falsche Mittelschullehrer.

Landsberg a. d. W., 24. Okt. (Wolff.) Der in Driesen beschäftigte Mittelschullehrer Johann Uphus aus Bentheim ist vom Erweiterten Schöffengericht wegen schwerer Urkundenfälschung und wegen Betruges zu zwei Jahren und zwei Wochen Gefängnis verurteilt worden. Uphus hatte sämtliche für seine Laufbahn erforderlichen Abgangszeugnisse und sonstigen Dokumente, angefangen vom Abiturientenzeugnis, selbst angefertigt und war auf Grund dieser gefälschten Urkunden vom Oktober 1926 bis Herbst 1928 als Mittelschullehrer in Driesen zu allgemeiner Zufriedenheit tätig. Die Sache kam erst ans Licht, als er sich selbst plötzlich auch den Doktortitel verlieh. Der Bürgermeister von Driesen sah sich dadurch zu einer genauen Untersuchung veranlaßt, die ergab, daß Uphus zwar das Gymnasium in Bentheim absolviert, aber kein Reifezeugnis erlangt hat. Trotzdem hat er auf Grund eines selbst angefertigten Reifezeugnisses vier Semester Naturwissenschaft studiert. Nach dem plötzlichen Ende seiner Lehrtätigkeit in Driesen hatte er sich nach Göttingen begeben, um dort Theologie zu studieren. Auf eine ihm zugegangene schriftliche Aufforderung des Driesener Bürgermeisters, der Regierung in Frankfurt a. O. seine Dokumente einzusenden, hatte er auf einer mit dem Namen seines Bruders unterzeichneten Karte geantwortet, Johann Uphus sei gestorben. Dank dieses Kniffs war er zunächst einige Monate unbehelligt geblieben.

Festnahme der Direktoren der Kieler Bank.

Kiel, 24. Okt. (Wolff.) Wie die Justizpressestelle beim Oberlandesgericht Kiel mitteilt, sind die beiden Direktoren Glahn und Jacobsen der Kieler Bank, die, wie gemeldet, heute ihre Zahlungen eingestellt hat, heute abend auf Anordnung der Staatsanwaltschaft unter dem dringenden Verdacht der Bilanzverschleierung vorläufig festgenommen worden.

Die französische Ministerkrise.

Ein Ruf an die radikale Partei. — Die Stellung der Sozialisten.

(Drahtmeldung unseres Korrespondenten.)

✠ **Paris**, 25. Okt. Der Radikale Kongreß in Reims hat, wie zu erwarten war, im wesentlichen dazu beigetragen, die Lösung der Ministerkrise zu beschleunigen. Der Kongreß hat, wie gemeldet, die von Chautemps vorgeschlagene Entschließung angenommen, in der die Beteiligung der Radikalen an einer nach rechts gerichteten Regierung abgelehnt und die Einigung der Linken gefordert wird. Sobald diese Entschließung dem Präsidenten der Republik bekannt wurde, hat er den Unterpräsekten von Reims beauftragt, den einstimmig zum Präsidenten der Radikal-Sozialen Partei wiedergewählten Abg. Daladier aufzusordern, im Laufe des heutigen Tages bei ihm zu erscheinen. Diese Aufforderung des Präsidenten der Republik läßt vermuten, daß er die Absicht habe, Herrn Daladier die Neubildung der Regierung zu übertragen. Nach den Beschlüssen des Radikalen Kongresses unterliegt es keinem Zweifel, daß Daladier diesen Auftrag annehmen und versuchen wird, eine Regierung der Linken zu bilden.

Die Entschließung Chautemps wird dabei die Haltung des radikal-sozialen Führers bestimmen. Diese Entschließung weist darauf hin, daß die Radikal-Soziale Partei jede Beteiligung ihrer Mitglieder an einer Regierungskombination ablehne, welche von der Rechten geleitet oder unterstützt werde. Gleichzeitig drückt die Partei ihre Bereitschaft aus, im Falle der Bildung einer rechtsstehenden Regierung in der Opposition zu verbleiben. Die Partei erklärt sich aber bereit, selbst die Einheit der Linken herzustellen, und zwar auf Grund eines sofort durchführbaren Programms, das auf die Laienschule, den Frieden, die steuerliche Gerechtigkeit und den sozialen Fortschritt beschränkt sein würde. Falls infolge der Weigerung anderer linksstehender Parteien es unmöglich gemacht würde, eine derartige Mehrheit zu bilden, aber wenn dadurch das Bestehen einer radikalen Regierung gefährdet würde, so werde die Partei ihre Bemühungen um die Gruppierung der republikanischen Kräfte durch eine konstruktivere Opposition im Parlament sowie durch eine Propaganda im Lande fortsetzen.

Diese radikale Entschließung macht die Beteiligung der Radikalen an einer Regierung mit Beteiligung der Rechten unmöglich. Andererseits wird dadurch die Bildung einer von den Sozialisten geführten Regierung mit Beteiligung der Radikalen ebenfalls unmöglich gemacht. Die Kombination Paul-Boncour, welche in den Krisentagen sowohl von der äußersten Linken als von der äußersten Rechten propagiert wurde, wird durch die Stellungnahme des Radikalsozialen Parteitages in ihrem Keim erstickt. Hingegen nehmt die Radikale Partei es keineswegs übel, ihre Unterstützung bei den nachbarten Gruppen des Zentrums zu suchen. Sobald die Einladung des Präsidenten der Republik an Daladier in Reims bekannt geworden ist, hat sich dieser mit den anderen Führern der Radikalen Partei versammelt, um die Frage der Zusammensetzung der neuen Regierung zu erörtern. Der heutige Tag wird es zeigen, ob Daladier die Möglichkeit haben wird, den kommenden Auftrag des Präsidenten der Republik zu erfüllen und eine tragfähige Regierung zu bilden. Der Erfolg seiner Bemühungen wird natürlich zuletzt von der Stellungnahme der Sozialisten abhängen. Der erste Schritt des radikalen Führers wird zweifellos darin bestehen, daß er den Sozialisten das Angebot machen wird, sich an der Regierung zu beteiligen. Obwohl in den sozialistischen Reihen die Neigung zur Beteiligung an einer bürgerlichen Regierung unter dem Einfluß der letzten Ereignisse gestiegen ist, sind doch die Hemmungen gegen diesen Bruch mit der Tradition der Partei sehr stark. In einem Artikel, den Léon Blum in dem Parteiblatt „Populaire" veröffentlicht, erklärt der sozialistische Führer, daß nur der Nationalrat die Möglichkeit haben wird, die bisherige Haltung der Sozialisten, die in der Ablehnung der Beteiligung an einer bürgerlichen Regierung besteht, zu ändern. Er erklärt aber, daß die Sozialisten bereit sein würden, eine linksgerichtete Regierung durch ihre Stimmen zu unterstützen. Gleichzeitig erwägt Léon Blum die Möglichkeit einer von den Sozialisten geführten Regierung. Er bejaht diese Möglichkeit, was aber angesichts der neuesten Entwicklung der Ereignisse gegenstandslos erscheint.

Ein verfehlter Umdeutungsversuch.

Zu Hindenburgs Verurteilung des § 4.

(Privattelegramm der „Frankfurter Zeitung".)

✠ **Berlin**, 25. Okt. Wie das Wolffsche Büro mitteilt, hat der Reichspräsident gestern in einer Unterhaltung mit dem deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Schmidt-Hannover auf eine Anfrage erklärt, er stehe nach wie vor dem Volksbegehren als solchem in voller Neutralität und Unparteilichkeit gegenüber". An dieser seiner grundsätzlichen Haltung, wie er sie in seinem Schreiben an den Reichskanzler vom 16. Oktober dargelegt habe, ändere auch die Aeußerung nichts, die er in seiner Besprechung mit dem Reichskanzler am 18. Oktober gemacht habe. Der Abg. Schmidt-Hannover bemüht sich durch einen Kommentar, den er durch eine rechtsstehende Telegraphenagentur verbreiten läßt, die vorstehende Erklärung des Reichspräsidenten zugunsten des Hugenbergschen Volksbegehrens umzudeuten. Er behauptet, die Stellungnahme des Reichspräsidenten vom 18. Oktober, worin er den § 4 des Volksbegehrens mißbilligte, sei lediglich rittlichen Motiven entsprungen. Die Behauptung der Linkspresse, daß der Reichspräsident gegen das Volksbegehren sei, widerspreche also den Tatsachen. Aus der Erklärung ergebe sich die Bestätigung der Auffassung, daß der Reichspräsident den rechtmäßigen Ablauf der Abstimmung unter Wahrung aller verfassungsmäßigen Rechte gewährleistet habe.

Wie ist gegenüber diesem Umdeutungsversuch der wirkliche Tatbestand? Am 18. Oktober bezeichnete der Reichspräsident gegenüber dem Reichskanzler den § 4 des Volksbegehrens, der den Reichskanzler und die Reichsminister, die den Youngplan oder ähnliche Verträge abschließen, unter die Anklage des Landesverrats stellt, als „einen unsachlichen und persönlichen politischen Angriff", denn er behauere und verurteile. Gestern hat der Reichspräsident Herrn Schmidt-Hannover gegenüber gesagt, er stehe nach wie vor dem Volksbegehren „als solchem" in voller Neutralität und Unparteilichkeit gegenüber. Die gestrige Erklärung belagt nicht mehr und nicht weniger, als daß sich der Reichspräsident der Grenzen seines verfassungsmäßigen Einflusses bewußt ist. Denn als Reichspräsident muß er jedem Volksbegehren „als solchem" neutral und unparteiisch gegenüberstehen. Das schließt nicht aus, daß er/bestimmte Forderungen in einem Volksbegehren beurteilt und mißbilligt, wie er es z. B. gegenüber dem § 4 des Hugenbergschen Volksbegehrens getan hat. Wir möchten annehmen, daß die beiden Worte „als solchem" in die gestrige Erklärung mit gutem Vorbedacht aufgenommen worden sind, weil sie jede mißbräuchliche Ausnutzung der neuen Kenntnisse des Reichspräsidenten ausschließen oder ausschließen sollten. Der Versuch, die Mißbilligung des § 4 nur als einen „Akt der Ritterlichkeit" hinzustellen, der gar nicht innerer Ueberzeugung entsprungen sei, schließt gegenüber dem Reichspräsidenten den Vorwurf der Unaufrichtigkeit in sich. Es ist bemerkenswert, daß es ein Vorführer des Volksbegehrens selbst ist, der indirekt diesen Vorwurf erhebt. Im Widerspruch mit den Reichspräsidenten nicht eingefallen, durch seine gestrige Erklärung die am 18. Oktober ausgesprochene Mißbilligung des § 4 preisgegeben. Die Verurteilung des § 4, des Kernsatzes des Hugenbergschen Volksbegehrens, wird in seinen Punkte dadurch eingeschränkt, daß der Präsident dem Volksbegehren „als solchem" gegenüber die gebotene Zurückhaltung übt.

Das böse Radio.

Sinnesänderung der Deutschnationalen.

(Privattelegramm der „Frankfurter Zeitung".)

✠ **Berlin**, 25. Okt. Vor zwei Tagen hat Geheimrat Hugenberg einen Brief an die Direktion der „Deutschen Welle" gerichtet, in dem er mitteilt, daß der Abgeordnete Quaatz „trotz der bekannten Vorkommnisse" auf der von der Direktion vorgeschlagenen Grundlage zu einer kontradiktorischen Behandlung der finanzpolitischen Seite des Young-Plans bereit sei.

Die Thüringer und der Young-Plan.

(Drahtmeldung unseres Korrespondenten.)

⊙ **Weimar**, 24. Okt. Im Thüringer Landtage wurden heute nachmittag die Anträge gegen den Young-Plan abgelehnt.

Der Antrag der Rechten, die Stimmen des Landes Thüringen

Der Täter.

KA Frankfurt, 23. Oktober.

Als der Arbeiter Josef Grün in der Nacht zum 29. Juni seine Frau zu Hause mit einem Küchenmesser erstach, hatte er sich vor einem Selbstmord bewahrt. Das Küchenmesser, das zur Tat benutzt wurde, war eines jener kleinen Messer, wie man sie zum Kartoffelschälen braucht; die Klinge war wohl nicht allzu stark; denn sie verbog sich, aber sie war doch fest genug, um durch das Brustbein zu dringen und die tödliche Wunde zu verursachen. Es war nur ein Stoß. In neunundneunzig von hundert Fällen geht so ein Stoß mit kleiner Klinge fehl. Das Leben wollte aber den Tod. Josef Grün brauchte ihn, um leben zu können. Wenn das kleine Küchenmesser nicht das Brustbein durchdrungen hätte — welch ein Zufall gehört im Grunde dazu —, wenn es abgeglitten wäre, wie in so vielen Fällen, wäre Josef Grün einen Tages vielleicht zum Mörder an sich selbst geworden. Als Josef Grün seine Frau erstach, rettete er sein Leben.

Kein Mensch ist im Recht, so sein eigenes Leben durch den Tod des ihm nächsten Menschen zu retten. Darum mußte auch over den Schwurgericht verhandelt ein Urteilsspruch über den Täter gefällt werden. Aber nur darum; daß rein juristisch die Anklage auf Totschlag lautete, hat damit nichts zu tun. Der Spruch selbst lautete auf acht Monate Gefängnis, Anrechnung der Untersuchungshaft und für den Rest der Strafe Bewährungsfrist.

Aber verfolgen wir die Geschichte, wie Josef Grün zu seiner Tat kam. Er ist heute 31 Jahre alt, seit 1921 verheiratet, im übrigen unbestraft, fleißig und in seiner Lebensführung anständig, unter Durchschnitt begabt. Dichtes dunkelblondes Haar liegt über der matten Stirn, ein paar kräftig geschwistte Augenbrauen überschatten den Wirrsinn zweier müder Augen, denen früher eine leichte Schwäche innegewesen sein muß. Neue, Klage haben das Gesicht scharf gezeichnet, das von nervösen Zuckungen überzieht ist. Als die Vernehmung vor dem Schwurgericht begann, strömten Schauer von Verzweiflung über den schmächtigen Körper, brachen ihm die Stimme entzwei und zwangen den Kopf unter die faltungslos hängenden Hände nieder. Das ist der Mann, den nach achtjähriger Ehe die Liebe zu seiner Frau getötet hat.

Die Frau — sie soll kräftig von Statur gewesen sein, vielleicht eine jener Schönheiten, deren Reiz mit den Lichtern der Straße und der Tanzsäle wächst, während sie im Rahmen der Geschehnisse des täglichen Lebens dürftig erscheinen — die Frau hatte ihn bereits in der ersten Liebesnacht vor der Ehe krank gemacht. Er liebt sie dennoch. Ein Mädchen wird geboren. Die Ehe ringt mit dem Elend menschlichen Schwächen. Die Eltern der Frau sind da, Geschwister von ihr sind da, Menschen zerren einander mit Bosheit und Güte hin und her. Sie alle, acht erwachsene Personen und zwei Kinder, wohnen in drei Zimmern. Was Josef Grün verdient, gibt er seiner Frau. Sie zahlt meist nicht einmal das Mietgeld für das eine Zimmer an die eigenen Eltern. Sie kauft und versetzt. Versicherungen, Schlafzimmer, Wäsche, selbst die Bettwäsche aus dem Bett des Mannes trägt sie ins Pfandhaus. Er schlägt ohne Besinnen. Er kauft ihr ein Kleid, sie versetzt es; er kauft dem Kind ein Kleid, sie soll es umtauschen und kauft stattdessen sich selbst ein Kleid. Schulden über Schulden. Pfandscheine nach Ausmaß. Wenn er abends von der Arbeit kommt, findet er nichts zu essen. Ein trockenes Stück Brot und ein Glas Wasser ist einmal sein Abendbrot. Bei seiner Heimkehr wiegt er 99 Pfund und ist hochgradig blutarm.

Aber das er sie liebt, findet er nur Worte für all das und keinen Weg. Aber so, wie die Liebe ihn gegenüber dem Wesen des Weibes gedultig läßt, läßt sie ihn aufschrecken, als er gewahr wird, daß er zum Tölpel werde vor einem Mann. Heini, der Bruder des Schwagers, 23 oder 24 Jahre alt, ihn trifft sie, ihm telephoniert sie — (vielleicht gibt sie ihm auch das Geld?) — ihn liebt sie — (sie lagt es selbst) — ihm schenkt sie den Reiz ihres Wesens, der zwischen den Lichtern der Biergärten blüht, ihn trägt sie in sich, wenn der Mann sie zwingt. Heini — und daneben Josef. Was kann man mit einem Namen wie Josef anfangen. Man sagt ihn am besten nicht mehr. Nicht einmal das. Nein, Tölpel ist das Richtige — mehr, Schuft — noch mehr, Idiot!

Idiot! Das war das Schlimme, an diesem Abend, als er sein Kind festhält und das Weib es ihm entreißen will, „Idiot" schreit, als er sie bittet, um der eigenen Liebe willen, da zu bleiben, anständig zu sein. Das war das Letzte, was noch in der Erinnerung steht. Alles andere war Wirrwarr. Das Messer unter dem Kopfkissen, das plötzlich in der Hand festgekrampft ist, das Durcheinander der Gedanken, wie alles auf einmal hereinbricht, Schulden, Pfandhaus, Heini — und die Liebe.

In neunundneunzig von hundert Fällen geht so ein kleines läppisches Küchenmesser daneben oder ritzt nur die Haut. Hätte es die Frau am Tage zuvor in den Zimmerofen geworfen zu all dem andern Zeug, das am Morgen nach der Tat der Kriminalkommissar da herauszog, Dreck, Wäsche, Kinderschuhe, Speisereste und ein Drahtgeflecht, dann wäre es mit der Zeit zerrostet und noch unterdogen.

Der Prähistoriker Hermann Wirth in Frankfurt.

Frankfurt, 24. Oktober.

Die Ankündigung hieß: Professor Wirth aus Marburg spricht über die Entstehung der Schrift. Es war in der Eile nicht mehr festzustellen, ob es sich um Hermann Wirth handle, dessen umfangreiches Buch vor einem Jahr in unserem Literaturblatt und Feuilleton ausführlich besprochen wurde. Der Beginn verzögerte sich, man wußte noch immer nicht, woran man war. Einmal erhob sich in der ersten Reihe ein Mann, den man in den Frankfurter Kreisen nicht zu sehen gewohnt ist: langes zotteliges Haar, an einer dunkler, langer Schnurrbart, das Gesicht an Nietzsche erinnernd, an einen sanften Siebmann. Germanisches Haar, südlich-prägnantes Gesicht. Der Vorsitzende der Anthropologischen Gesellschaft breitet zunächst geschäftliche Mitteilungen aus, die an diesem Abend merkwürdig berühren. Dann erhält der Fremdling das Wort: es ist Hermann Wirth.

Er spricht zunächst sehr zögernd und tastend. Erst nach einiger Zeit bricht er auf Schlieffisch spricht er im großen Stil des Propheten. Um das Bild des Mannes festzuzusammenzeichnen: in der Diskussion erweist er sich sogar als übertrieben nachgiebig gegenüber Einwendungen der wissenschaftlichen Kritik. Primäre Unsicherheit, rauschhafte Sicherheit.

Wirth wünscht, daß die Türen offen bleiben. Dann läßt er den Saal verdunkeln. Der Projektionsapparat wirft Schriftstücke auf das weiße Tuch, auf denen der Vortrag Wirths mit unzähligen Schriftzeichnungen schon geschrieben steht, so daß er weite Strecken sin nur ablest. Dadurch wird die Fülle des Materials, mit der Wirth wie in seinem Buch überwältigt, etwas zugänglicher.

Die große Grundthese Wirths wird, wie sich aus der Diskussion wiederum ergab, heute weithin anerkannt. Es handelt sich um Felsritzungen, die in Nordeuropa bis in die ausgehende Eiszeit finden sich schriftähnliche Zeichen, die man bisher oft fälschlich als „magische Zeichen" erklärte, die aber eine auffallende Aehnlichkeit mit den ältesten mittelländischen Schriftzeichen haben. Wirth hat nach andere älteste Schriftzeichen aus aller Welt hervorgezogen und so das Uralphabet rekonstruiert, in dem der erste Mensch von sich spricht. Es ist anzunehmen, daß viele Einzelheiten später anders gedeutet werden. Trotzdem liegt heute schon die erste Einführung in den vielleicht interessantesten Teil der menschlichen Wissenschaft vor. Wirth entwickelt auch eine ausgeblühte Theorie über die Entstehung der Sprache, die nach ihm mit der Entstehung der Schrift parallel geht. Man steht, wie der Mensch entsteht. Das aber ist keine wissenschaftliche Kuriosität mehr. Man erfährt, was er seinem Ursprung nach ist — insofern auch, was er sein kann.

Vor einem Jahr haben wir in der Besprechung des Wirtschen Buchs bedauert, daß er das in seinem Material mit Händen zu greifende, für die Entstehung des Menschen konstitutive Eiszeiterlebnis nicht in den Mittelpunkt rücke. Auch jetzt noch steht wie in seinem Buch die Lehre vom Sonnenjahr im Beginn seiner Darstellungen. Die Absolge der Vokale und Konsonanten, die Zeichnungen und Schriftzeichen der frühen Zeit sprechen vom Sonnenjahr. Wirth rückt aber jetzt den Wendepunkt im Sonnenjahr, das „Uria", die dunkelste Zeit, den Zeitpunkt des Todes, des Todes und der Wiedergeburt, in den Mittelpunkt. Den Laut- und Schriftzeichen nach entlehnt an diesem Punkt der Verehrung des Menschen mit dem Kelch, um Wiedergeburt bedeutet, davon zeugt die Schrift wie die Sprache, nach einigen Denkmälern auch die Seele. Der spezifische Besitz des Menschen wäre also nichts anderes als die Erinnerung an das Todüberwindungserlebnis, das von der Spitze seiner Geschichte steht. Jedes Geschöpf ist nach neuen biologischen Theorien nichts anderes als die Erinnerung an seine Vergangenheit. Die größte Not, die es überstanden hat, macht seine Kraft aus. Es auch beim Menschen. Das priesterliche Mysterium des Sonnenjahres erneuert mit Gewalt allsinnlich die Erinnerung an die Ueberwindung der Gefahr des Eistods, in der der Mensch mit neuen besonderen Kräften bestand.

Der Mensch im allgemeinen. Wirth holt seine Zeugnisse aus allen Erdteilen. Auch der südische Leuchter z. B. enthält das urzeitliche Symbolon des Menschen und Gottessohns, der mit erhobenen Händen, aufgerichtet aus der Erdgebundenheit des Tiers, die wie erkrankende Sonne begrüßt. Die Rasse der Eizeit ist zum mindesten als geistig-künstlerisch-religiöse Führerrasse in allen Menschenrassen zu betreten. Religion ist Hebung oder schwächere Erinnerung an das den Menschen konstituierende Ereignis.

Es ist zu bedauern, daß Wirth in seiner Berührung mit den gleichzeitigen Forschungen Herbert Kühns (Das Paläolithikum 1929) steht, die fast ebenso umfangreich sind. Nach den Forschungen Kühns und anderer beginnt schon in der Frühzeit der Stilwechsel zwischen (roh ausgedrückt) ästetisch-mechanischen und organisch-träumerisch-magischen Zeiten. Doch ist der

= [Ein Gramm Radium.]

Mme. Curie, die Entdeckerin des Radiums, ist in New York eingetroffen, um einer Einladung des Präsidenten Folge zu leisten und zur Förderung ihrer Forschungen ein Geschenk des amerikanischen Volkes in Empfang zu nehmen. Frau Curie wird den 29. und 30. Oktober als Gast Hoovers im Weißen Hause verbringen, und der Präsident wird ihr bei dieser Gelegenheit die Summe von 50 000 Dollar überreichen, die bestimmungsgemäß zum Ankauf eines Grammes Radiums dienen sollen. Das Radium soll Eigentum von Frau Curie verbleiben und zur Fortführung der Forschungen verwendet werden, die sie in ihrem Warschauer Laboratorium vornimmt.

im Reichsrat gegen das Haager Abkommen abzugehen, blieb bei Enthaltung der beiden Kommunistischen und zwei mit 20 Stimmen der Deutschnationalen, des Landbundes, der Wirtschaftspartei sowie der Vertreter der Nationalsozialisten und der Volksrechtspartei in der Minderheit gegen 26 Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und der Volkspartei. Bei dem Finanzausschuß haben sich endlich sämtliche Parteien der Rechten, so daß er mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und Volkspartei gegen die Kommunisten ebenfalls abgelehnt wurde und derart eine Bindung Thüringens durch den Landtag für die Abstimmung im Reichsrat unterbleiben ist.

Internationale Wirtschaftsregen.

(Privattelegramm der „Frankfurter Zeitung“.)

tg Genf, 24. Okt. Der Wirtschaftsausschuß des Völkerbundes, der heute unter dem Vorsitz des Staatssekretärs von Trendelenburg zu seiner ordentlichen Tagung zusammentrat, setzte zu Beginn seiner Verhandlungen den verstorbenen deutschen Kollegen Exzellenz Dr. Stresemann als den Berichterstatter des Wirkverbandstages über Wirtschaftsfragen. Die Hauptgeschäfte, die der Ausschuß zu behandeln hat, sind die von der Völkerbundsversammlung neu aufgeworfenen Zollfragen, worunter in erster Linie die Ausarbeitung eines Konventionsentwurfes als Diskussionsgrundlage für die im Februar nächsten Jahres beginnende Konferenz für die Festsetzung eines zwei- bis dreijährigen Zollwaffenstillstandes zu erwähnen ist. Der Ausschuß wird ferner zu den Beratungsergebnissen der Kohlenkonferenzsitzung Stellung nehmen und auf Antrag von Dr. Trendelenburg auch über die Vorarbeiten einer ähnlichen Untersuchung über die internationale Lage des Getreidebaus und Getreidemarktes zu beschließen haben. Der Expertenausschuß für die Vereinheitlichung der Zollnomenklatur ließ dem Wirtschaftsausschuß mitteilen, daß er sein möglichstes tun werde, um dem Ersuche der Völkerbundsversammlung, mit der Ausarbeitung der Einheitsnomenklatur bis zur nächsten Versammlung fertig zu werden, Rechnung zu tragen; jedoch sind von den 20 Abschnitten des gesamten Warenverzeichnisses noch zwölf zu behandeln, darunter chemische und pharmazeutische Produkte, Holz- und Textilwaren, Maschinen- und elektrische Industrie usw.

Die Untersuchung über die Unruhen in Palästina.

Jerusalem, 25. Okt. (Europapreß.) Die erste Sitzung der von der englischen Regierung eingesetzten Kommission über die Ursachen der blutigen Unruhen in Palästina hat gestern in Gegenwart zahlreicher Araber und Juden stattgefunden. Der Vorsitzende des Ausschusses, Sir Walter Shaw, erklärte, daß die Kommission es für nutzlos gehalten hätte, die erste Sitzung öffentlich stattfinden zu lassen, daß die weiteren Konferenzen der Kommission aber geheim gehalten würden. Ziel dieser Kommission und das Ziel ihrer Untersuchung sei die Feststellung des wahren Sachverhaltes und die Wiederherstellung des Vertrauens, von dem die Zukunft Palästinas in hohem Maße abhängig sei.

Eine Bewegung gegen Nadir Khan.

Allahabad, 25. Okt. (Europapreß.) In Afghanistan machen sich nach den letzten hier vorliegenden Berichten Anzeichen einer Bewegung gegen den neuen König Nadir Khan geltend. Der Thronbewerber Nadir Khans soll der Neffe des Ex-Königs Aman Ullahs in Kabul große Verstimmung hervorgerufen haben, und auch der bedeutende Stamm der Wasaris soll gegen die Annahme der Königswürde durch Nadir Khan protestiert haben. Da Nadir Khan ihnen bei seinem Vorgehen gegen das Feldzugs gegen Habib Ullah die Rückerstattung Amun Ullahs in Aussicht gestellt habe. Der afghanische Handelsagent in Peschawar, der für die afghanische Regierung erhebliche Geldbeträge verwaltet, soll sich gewegert haben, Nadir Khan als neuen afghanischen König anzuerkennen.

Beschlüsse des Reichsrats.

(Privattelegramm der „Frankfurter Zeitung“.)

‡ **Berlin**, 24. Okt. Der Reichsrat hat heute dem deutsch-schweizerischen Vertrage über die Regulierung des Rheins zwischen Straßburg—Basel seine Zustimmung zugestimmt. Sobald die notwendigen technischen Verhältnisse es erlauben, soll auch der weitere Teil des Rhein-Großschiffahrtsweges in Angriff genommen werden. Die Wirtschaftlichkeit des Planes wird trotz des französischen Seitenkanals bejaht. Auch aus politischen Gründen ist, wie der Berichterstatter der Ausschüsse hervorhob, der Vertrag zu begrüßen.

Weiter stimmte der Reichsrat dem deutsch-türkischen Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag zu, dem deutsch-türkischen Abkommen über den Rechtsverkehr in Zivil- und Handelssachen und dem Freundschaftsvertrag zwischen Deutschland und dem Königreich des Hedschas, Nedschd und der zugehörigen Gebiete. Ferner wurde ein deutsch-tschechoslowakisches Abkommen über gegenseitige Hilfe der Sicherheitsorgane bei der Verfolgung von Verbrechern genommen. Das Abkommen ergänzt bisherigen Verträge, die Preußen, Bayern und Sachsen mit Oesterreich abgeschlossen hatten, stammten aus den Jahren 1852 und 1864, eine zeitgemäße Aenderung war deshalb erforderlich. Auf preußischen Antrag hatte der Reichsrat in der Fassung seiner Zustimmung des Entwurfes die Worte: das Deutsche Reich erklärt seine Zustimmung Preußens, Bayerns und Sachsens mit der Tschechoslowakischen Republik das folgende Uebereinkommen ab“, dahin zu ändern, daß die Worte „mit Zustimmung Preußens, Bayerns und Sachsens“ gestrichen werden.

Ein Geschenk für die Berliner Staatsbibliothek

New York, 24. Okt. (Wolff.) Eine Mappe mit Briefen und Glückwünschen berühmter Künstler und Künstlerinnen der ganzen Welt, die seinerzeit von der amerikanischen Lilli-Lehmann-Liga als Huldigungsgabe für den 81. Geburtstag der großen Sängerin gesammelt wurden, aber infolge ihres vorzeitigen Hinscheidens nicht mehr überreicht werden konnten, wurde heute Oberbürgermeister Böß feierlich überreicht mit der Bitte, die Mappe der Staatsbibliothek in Berlin zu übergeben. Die Ueberreichung erfolgte durch den Dekan der Juilliard Musical Foundation, den bekannten Pianisten Hutcheson.

Explosion in einem Elektrizitätswerk. Im städtischen Elektrizitätswerk Eberswalde ereignete sich eine Explosion, die u. a. die Deckenplatten und die Fensterwände zerstörte. Die ganze Stadt war infolge Stunden ohne Strom.

Tagung der Berliner Demokraten.

Gegen Verquickung von Mandat und Geschäft. — Der Fall Rosenthal.

(Privattelegramm der „Frankfurter Zeitung“.)

‡ **Berlin**, 24. Okt. Der Groß-Berliner Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei, der am gestrigen Abend stattfand, beschäftigte sich in erster Linie mit den Vorgängen innerhalb der Berliner Kommunalverwaltung. Staatssekretär a. D. Oskar Meyer berichtete eingehend über den Fall Sklarek und kam dabei zu einer scharfen Verurteilung der Mitwirkung von Interessenten innerhalb der städtischen Verwaltung. Er forderte weiterhin nicht nur schärfsten Kampf gegen die Korruption, sondern ebenso gegen jede Produktionswirtschaft, die oft genug Schimmern ist als Korruption. Die Demokratische Partei wende sich gegen jede Verquickung von Geschäft und Politik. Der Parteitag nahm im Anschluß an das Referat den folgenden Antrag an:

„Der Parteitag Groß-Berlin der Deutschen Demokratischen Partei verwirft und verurteilt nachdrücklich jede Verquickung von Mandat und Geschäft. Er fordert, daß bei den kommenden Wahlen auf den Listen nur solche Kandidaten aufgestellt werden, die volle Gewähr dafür bieten, daß ihre ehrenamtliche Tätigkeit nicht irgend welchen geschäftlichen Nebenzwecken dient.“

Bei der kommenden Wahl wird der Stadtverordnete Otto Merten, der fast 10 Jahre lang der Vorsitzende der demokratischen Stadtverordneten-Fraktion war, nicht mehr kandidieren, da er kürzlich zum Ministerialdirektor im Handelsministerium ernannt wurde und infolge Arbeitsüberhäufung sein Mandat nicht mehr ausüben kann. An seiner Stelle wird der frühere Staatssekretär im Handelsministerium, von Seefeld, die Stelle des Demokratischen Fraktionsdirektors Merten aus dem gleichen Grunde auch den Vorsitz in der Groß-Berliner Partei niederlegen wird, steht noch nicht endgültig fest.

Auf dem Parteitag legte auch der Unterausschuß, der sich mit der Tätigkeit des Stadtverordneten Rosenthal beschäftigt hatte, die folgende Resolution zur Annahme vor:

„Der Parteitag nimmt davon Kenntnis, daß der Stadtverordnete Rosenthal in seinen bei dem gestrigen Angriffe der Privatklage eingeleitet hat. Der Parteitag sieht seinen Anlaß, dem Ergebnis dieser Klage vorzugreifen, nachdem Herr Rosenthal erklärt hat, unbeschadet seiner Ueberzeugung von der Grundlosigkeit der Angriffe bei den kommenden Wahlen nicht mehr kandidieren zu wollen.“

Es liegt begründeter Anlaß vor anzunehmen, daß die veröffentlichte Fassung mit der ursprünglichen vom Untersuchungsrichter geplanten nicht identisch ist. Es scheint, daß die Aenderung durch die Mitteilung Rosenthals hervorgerufen wurde, daß er bereits Klage angetreten habe. Nur hätte man dann auch erfahren müssen, gegen wen und wegen welcher Vorgänge Herr Rosenthal geklagt hat; denn ein Vorgehen gegen Beispiel lediglich gegen die Behauptungen der „Roten Fahne“ würde natürlich nicht ausreichen sein. Da indem Herr Rosenthal auf sein Mandat verzichtet, ist die Angelegenheit derzeitet hat, daß sowohl er selbst als auch der Oeffentlichkeit ein Recht darauf, eindeutig zu erfahren, ob die Demokratische Partei sein bisheriges Verhalten gerade im Sinne ihrer gleichzeitig gefaßten Beschlüsse für korrekt und gerechtfertigt hält oder nicht. Ein Lavieren in dieser Hinsicht liegt im Interesse keines der Beteiligten oder Interessierten.

Der Oberpräsident von Berlin greift ein.

(Privattelegramm der „Frankfurter Zeitung“.)

‡ **Berlin**, 25. Okt. Der Oberpräsident von Berlin und Brandenburg hat nunmehr das förmliche Disziplinarverfahren gegen den Stadtkämmerer Dr. Lange, Stadtrat Busch und die Stadtbankdirektoren Lehmann und Zetzel eingeleitet. Ueberraschend kommt das weitere Ersuchen des Oberpräsidenten, auch einen Beschluß der städtischen Körperschaften herbeizuführen, nach welchem die drei Stadtverordneten Moritz Rosenthal (Demokrat), Mühlmann (Sozialdemokrat) und Bunge (Deutschnational) aus dem Kreditausschuß der Stadtbank abberufen werden sollen. Es wird hinzugefügt, daß diese Maßnahme auf der Feststellung beruhte, daß die Genannten bei der Kreditgewährung an die Firma Sklarek nicht die pflichtgemäße Sorgfalt bei der Wahrnehmung der ihnen übertragenen Aufgaben beobachtet hätten.

Bekanntlich können Stadtverordnete nur strafrechtlich und nicht disziplinarisch zur Verantwortung gezogen werden. Der Schritt des Oberpräsidenten gegen die drei Stadtverordneten ist mithin wohl die einzige Maßnahme, welche die Aufsichtsbehörde ergreifen kann, da strafrechtliche Gesichtspunkten offensichtlich nicht vorliegen. Dieser Schritt und seine Begründung sind sehr ernst zu werten, denn es ist kaum anzunehmen, daß der Oberpräsident lediglich einiger Kleinigkeiten wegen sich zu einem derartigen öffentlichen Vorgehen entschließt. Die Namen der drei Stadtverordneten, um die es sich handelt, Rosenthal, Mühlmann und Bunge wurden öffentlich wiederholt im Zusammenhang mit der Sklarek-affäre gebracht. Dabei erhielt sich hartnäckig das Gerücht, daß insbesondere Rosenthal mehrmals die Bonität der Firma Sklarek festgestellt habe, obwohl er selbst das gelegentlich bestritt. Wie er auf der demokratischen Liste bei den Neuwahlen nicht mehr erscheint, ist auch Stadtverordneter Mühlmann bei den Sozialdemokraten nicht mehr auf der Liste der Bewerber um ein Mandat aufgenommen worden. Obgleich offiziell nichts darüber mitgeteilt wurde, ist als ziemlich sicher anzunehmen, daß die Sozialdemokratische Partei auch gegen ihn bereits seit einiger Zeit eine Untersuchung führt.

Von der Deutschnationalen Fraktionsgemeinschaft liegt bisher gegen die beschuldigten Mitglieder der Fraktion unternommen hat, weiß man nicht. Ob es richtig und geschickt war, daß die Parteien warteten, bis die schlechte Amtsführung der betreffenden Mitglieder durch den Oberpräsidenten bestätigt wurde, kann man bezweifeln.

Die gestrige Berliner Stadtverordnetenversammlung setzte eine weitere Sitzung auf den 7. November fest. In der sich Oberbürgermeister Dr. Böß über die Sklarek-Affäre äußern soll. In der gestrigen Sitzung wurde weiter die Uebernahme einer Finanzgarantie für den Mittellandkanal durch die Stadt Berlin genehmigt, nachdem sich dadurch um eine jährliche Leistung von 329 000 Mark während der ersten zehn Jahre und von 1,31 Millionen Mark während der folgenden 41 Jahre. Die Vorlage auf Umbenennung der Königsgrätzer Straße in Stresemann-Straße wurde auf Einspruch der Deutschnationalen und Kommunisten hin an einen Ausschuß überwiesen.

‡ **Berlin**, 25. Okt. (Priv.-Tel.) Für die heutige Sitzung des Stadtparlamentes in Potsdam hat der Führer der demokratischen Fraktion, Stadtverordneter Scholz, einen Antrag eingebracht, die Kaiser-Wilhelm-Straße in Potsdam in Stresemann-Straße umzubenennen.

Die Geschäftsverbindung der Stadt Dresden mit Dr. Aron.

(Drahtmeldung unseres Korrespondenten.)

□ **Dresden**, 25. Okt. Die Dresdner Stadtverordneten befaßten sich am Donnerstag mit einer Anfrage über die Verluste, die der Stadt aus der Geschäftsverbindung mit dem Berliner Bankier Dr. Aron entstanden sind. Der Rat erklärte, daß der Stadt durch die Beschaffungsstelle für Kommunal- und Hypothekarkredit G. m. b. H. in Berlin, die der Stadt wiederholt Kredit beschafft hat, bei der Aufnahme von Sombardarlehen von 3 Millionen Mark vermittelt worden sei die Verbindung mit Dr. Aron unter Belassungszusgewährung der Gesellschaft auf weitere zwei Jahre. Als Lombardunterlage dienten nom. 750 000 Mark 7proz. Dresdner Stadtanleihe von 1926, 980 000 Mk. 8proz. Dresdner Stadtanleihe von 1926 und 350 000 Mk. 8proz. Goldpfandbriefe. Das Darlehen sei im Juni und Juli gezahlt worden. Für den Zinsendienst, die Verwahrung der lombardierten Wertpapiere und die Ausreichung der auf sie entfallenden Zinsen wurde auf Vorschlag der Beschaffungsstelle die Firma Aron & Goldschneider bestellt. Die über ihn eingeholten Auskünfte seien zufriedenstellend gewesen. Das Lombarddepot sei bis auf 65 000 Mark vorhanden. Es seien Schritte eingeleitet worden, weitere Verkäufe der Dresden gehörigen Papiere zu verhindern und den Schaden im Rahmen einer Gesamtregelung auszugleichen. Die Verpfändung der Wertpapiere grundsätzlich bereits vereinbart sei. Die Verhandlungen darüber schwebten noch. Bleiche Aufwendungen der Stadt Dresden aus der Auflösung des Depots erwachsen könnten, sei zur Zeit noch nicht zu übersehen, ebenso wenig, ob und in welcher Höhe ein etwaiger Schaden durch die umfassenden Sicherungsmaßnahmen oder Regreßansprüche ausgeglichen werden könne.

□ **Dresden**, 25. Okt. (Priv.-Tel.) Wie wir erfahren, hat der Oberreichsanwalt Klage gegen Hoche und 16 gegen den Schriftsteller Bruno Goldhammer der kommunistischen „Dresdner Arbeitersimme“ erhoben. Die Klage grümbet sich auf drei Artikel über die Berliner Maikämpfe, worin die Bewaffnung des Proletariats, die Schaffung der Proletarischen Hundertschaften, die Errichtung der proletarischen Offiziere gefordert werden.

Vier Tote bei einer Dynamitexplosion. In Houston (Texas) wurden vier Amerikaner bei der Explosion einer Kiste Dynamit, die ihnen bei der Einnahme ihrer Mittagsmahlzeit als Tisch diente, in Stücke gerissen.

Vermischte Nachrichten

Direktor Will †

r **Mainz**, 25. Okt. (Priv.-Tel.) Direktor Will, der Geschäftsleiter des „Mainzer Anzeigers“, ist an einem Gallenleiden nach einer Operation heute nacht gestorben. Er war Mitglied des Hauptvorstands des Deutschen Buchdruckervereins und Vorsitzender des Zeitungsverlegervereins für Hessen und Hessen-Nassau. 1860 in Köln geboren, arbeitete er sich vom Schriftsetzer empor und übernahm 1887 die Leitung des „Mainzer Anzeigers“, aus dem er durch starke Initiative das führende Blatt der Stadt machte. 1923 wurde Will von den Franzosen ausgewiesen und konnte erst 1925 wieder nach Mainz zurückkehren.

Autounfall des Generals v. Hammerstein.

‡ **Berlin**, 25. Okt. (Priv.-Tel.) Der Chef des Truppenamtes, Generalmajor von Hammerstein, wurde gestern bei einem Zusammenstoß zweier Kraftwagen nicht unerheblich verletzt. Das Auto des Reichswehrministeriums, in dem sich der General befand, fuhr auf der Charlottenburger Chaussee gegen einen Prellbaum, der auf dem glatten Asphalt ins Schleudern geraten war. General von Hammerstein erhielt durch Glassplitter eine tiefe Schnittwunde am Kopf, konnte aber nach Anlegung eines Notverbandes in seine Wohnung zurückkehren. Auch die beiden Insassen des anderen Wagens gogen sich schwere Schnittwunden zu.

Ein Student erschießt einen Professor. Ein russischer Student namens Corin tötete aus Rache den Professor an der Lüttricher Universität, Bertrand, durch einen Revolverschuß. Der Täter wurde verhaftet.

Frankfurter Nachrichten

= **Kuranstalt Hohe Mark.** Die Stadt Frankfurt hatte die ihr gehörige Kuranstalt Hohe Mark von dem Kriege an den jetzigen Leiter der Anstalt, Dr. Kalberlah, verpachtet. Der Pachtvertrag war am 1. Oktober dieses Jahres abgelaufen, und Dr. Kalberlah hatte den Wunsch, mit Rücksicht auf die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse und auf die starken finanziellen Verschiebungen innerhalb der das Sanatorium zumeist in Anspruch nehmenden Bevölkerungsschicht, eine Aenderung des Vertrags vorzunehmen. Die darüber schwebenden Verhandlungen mit der Stadt sind nun soweit gediehen, daß zunächst der abgelaufene Vertrag bis zum 1. Januar in Kraft bleibt. Inzwischen werden ausführliche Beratungen fortgesetzt, die dahin gehen, die Anstalt einer zu bildenden Gesellschaft zu übergeben und durch diese den Betrieb in seinem bisherigen Umfang unter Hinzunahme einer besonders wissenschaftlichen Aufgabe weiterführen zu lassen.

= **Großer Juwelendiebstahl in einem Frankfurter Hotel.** Am Donnerstag in der Zeit von 11 bis 13 Uhr wurden aus einem Fremdenzimmer Juwelen im Wert von 35 000 bis 40 000 Mark gestohlen. Der Diebstahl wurde ausgeführt, als das Ehepaar, das das Zimmer bewohnte, sich in der Stadt befand. Bei der Ermittlung des Diebes bzw. für die Wiederherbeischaffung der Juwelen setzte die Versicherungsgesellschaft eine Belohnung von 1000 Mark aus, die ausschließlich für das Publikum bestimmt sind.

= **Mordversuch.** Ein 22jähriger stellenloser Kaufmann wollte ein junges Mädchen, zu dem er Neigung empfand, das ihn aber abwies, erschießen. Es trat aber eine Ladehemmung ein, so daß der Schuß nicht losging. Der junge Mann versuchte sich dann selbst zu erschießen, was ihm aber auch nicht gelang. Er wurde festgenommen.

Der Sport

29 Sternfahrer in Barcelona angekommen.

Die genaue Feststellung der Preisträger bei der Internationalen Sternfahrt nach Barcelona läßt etwas lange auf sich warten. Im Gegensatz zu vielen Veranstaltungen ähnlicher Art wurde diese Fahrt nicht als Vergnügungsreise, sondern als sportlicher Wettbewerb ausgeschrieben, bei dem nicht nur die reine Fahrtleistung nach Kilometern, sondern auch Komfort, Zahl der mitgeführten Fahrgäste, sowie eine abschließende Bergprüfung eine ausschlaggebende Rolle spielen. Von 33 Bewerbern haben 29 die Fahrt innerhalb der vorgeschriebenen Zeit beendet. Einige der besten Teilnehmer hatten viel Pech. Nachdem der Stettiner von Rosmer (Stoewer) nach einem Zusammenstoß in Wolen aufgeben hatte und der Essener Auffermann auf DKW. in Bulgarien das Opfer eines Ueberfalls geworden war, passierte dem Berliner Bayer (DKW.) das Mißgeschick, daß seine Räder von Dornbüschen bei starkem Nebel in einen Graben zu rutschen. Dabei wurde sein Fahrzeug stark beschädigt. Die Reparatur nahm zehn Stunden in Anspruch. Soweit sich bisher feststellen läßt, sind die Aussichten der noch im Wettbewerb befindlichen deutschen Teilnehmer für die vorderen Plätze in der Steigerprüfe günstig. Als erster Anwärter auf den Ehrenpokal und den ersten Preis von 3000 Pesetten kommt der von den beiden Berliner Journalisten M. Otte und St. v. Szenasy gesührte Mercedes-Benz Achtzylinder mit der Fahrstrecke Riga — Berlin — Frankfurt a. M. — Paris — Perpignan — Barcelona (3892 Km.) in Frage. Die schärfsten Konkurrenten sind E. Wiebusch-Zoll auf Hispano-Suiza und der Tschesche Bon Czen auf Fiat mit der gleichen Strecke. Endgültige Aufschluß gibt erst die noch bevorstehende Bergprüfung. Die 13 Nächstplacierten erhalten neben Geldpreisen von 6000 Pesten abwärts goldene Medaillen, für die Fiat-Seliger-Stettin auf Mercedes-Benz, G. Schliemann auf Mercedes-Benz, A. C. Rolf-Gießen auf NAG. in erster Linie in Frage kommen.

Wetterberichte vom 25. Oktober.

(Von der Oeffentlichen Wetterdienststelle Frankfurt a. M.)

Nachdem der tiefe über England entwickelte Ausläufer der großen über dem Nordmeer liegenden Depression gestern kaum Fortschritte gemacht hatte, hat er sich während der Nacht seinen Einfluß rasch über Deutschland hin ostwärts ausgedehnt, so daß auch bei uns rasche Bewölkungszunahme und Niederschläge eingetreten sind. Zur Zeit sind bereits die an der Rückseite der Strömung vordringenden Kaltluftmassen des Festland bis an die Linie Paris—Aachen—Holland vorgeschoben. Für ihren Ankunft entwickeln sich wahrscheinlich im Gebiet kleinerer Störungen noch lebhaftere Niederschlagstätigkeit. Dieser tritt dann im Bereich der Kaltluft Uebergang zu Schauern und stellenweise aufreißende, rasch wechselnde Bewölkung ein. Eine Wesentliche Besserung ist aber nicht vor Mitte der ausgesprochenen zyklonalen Wetterlage nicht wahrscheinlich.

Vorhersage für Ostdeutschland: Bewölkungszunahme und später Niederschläge, lebhaft auffrischende Winde aus Süd und West, stärkere Abkühlung. Für das übrige Deutschland: zunächst wechselnd bewölkt, für kurze Zeit auch aufheiternd, aber Neigung zu Schauern, kühl, Winde bis vorübergehend stürmisch, später wieder einsetzende Verschlechterung und Trübung.

Wetterbeobachtungen von 8 Uhr vormittags.

Station	Barom. auf 0° red.	Wind	Wetter	Temp. Celsius	Niederschl. in 24 St.	Station	Barom. auf 0° red.	Wind	Wetter	Temp. Celsius
Wilhelmshav	42,9	S 4	bedeckt	10	1	Stockholm	49,4	S 4	bedeckt	9
Hamburg	46,2	SO 4	bedeckt	8	–	Bergen	37,0	S 4	Regen	8
Hannover	50,6	SSW 4	bedeckt	8	0,2	Barcelona	58,1	SW 2	wolkig	16
München	54,0	SW 1	heiter	6	–	Madrid	55,4	NW 1	wolkig	12
Stettin	50,1	SO 1	heiter	9	–	Zürich	54,0	S 2	Nebel	7
Berlin	50,1	SSW 1	heiter	9	–	Genf	54,0	SW 1	bedeckt	12
Dresden	51,3	SO 3	heiter	10	–	Lugano	55,3	N 1	bedeckt	12
Breslau	53,3	SO 3	heiter	8	–	Triest	56,3	SO 1	bedeckt	14
Breslau	53,5	SO 1	heiter	8	0,1	Venedig	55,9	SSW 1	bedeckt	12
Wien	53,0	S 1	heiter	7	–	Florenz	56,3	O 2	bedeckt	15
London	46,3	SW 3	bedeckt	11	–	Rom	57,3	SW 1	bedeckt	17
Paris	50,3	W 2	bedeckt	8	4	Messina	53,5	wd. still	heiter	19
Kopenhagen	46,3	SSO 3	bedeckt	8	0,1	+ 700 = Luftdruck in Meereshöhe, Niederschlagsmenge in mm, seit gestern 18.00 Uhr.				
Kopenhagen	47,4	SSO 4	bedeckt	11	–					
Haparanda	44,3	S	bedeckt	5	–					

	Maximum gestern	Minimum letzte Nacht	Tagesmittel gestern	Normalmitt.	Niederschl. d. letzte (letzte 24 Stdn.)
Frankfurt a. M.	14,4	8,3	8,7	8,1	0,2
Feldberg i. T.	8,3	5,3	6,7	5,1	0,2
Wasserkuppe	6,9	5,8	5,7	3,9	0,2

Wasserstand, 25. Oktober früh

Viereth	– 144 – 14 cm	Frankfurt	238 + 6 cm
Schweinfurt	88 – 1 cm	Kostheim	60 – 10 cm
Würzburg	88 – 1 cm	Caub	40 cm
Lohr Main	89 + 4 cm	Unterpegel	138 – 7 cm
Aschaffenbg	114 + 1 cm	Fahrtiefe alte	140 cm
Aschaffenbg	254 + 2 cm	Schleuse	108 cm
Gr. Steinheim	224 + 6 cm	Mainz Rh.	– 19 – 11 cm
Hanau	234 + 6 cm	Bingen	101 – 6 cm

Caub	107 – 8 cm		
Koblenz	118 + 12 cm		
Köln	130 + 3 cm		
Mannheim	190 – 6 cm		
Maxau	338 – 0 cm		
Kehl	311 – 1 cm		
Hüningen	47 – 1 cm		

Fugang in diese Problemreihe dem „Romantiker“ Wirth offensichtlich verschlossen. Am auffallendsten war der Schlußteil seiner Rede: völlige Ablehnung der Großstadt, der Einzelheiten, der Abstraktionen. Ein Bauernhaus mit einem Hufeisen darüber fand während dieses Teils seiner Rede auf dem Lichtbildschirm. Hier sah man den Motor der Arbeitskraft. Er sucht in der Abwehr der Uebergemalt des verstandlos Gestalteten das Primitive. Doch übergeugen diese Schlußfolgerungen nicht. Er selbst wird so wieder verstandlich-abstrakt. Wenn er heute seine „Weltanschauung“ zu wählen hätte, wäre er kaum ein Gegner der Großstadt. Er ist es nach, weil er seinen Motor, seinen Angelpunkt festhält. Der Hörer, der eben erst aus der Vergegenwärtigung der Einzeit kommt, spürt, sowie das Stichwort „Großstadt“ fällt, die Kluft des Ersten zwischen den Mauern und in den Abstraktionen der spezifisch menschlichen Kraft der neuen Existenz verdankt wird, die der Einzeit entstammt. Erst viel später erträgt der Mensch die asketisch-abstrakte Existenz nicht mehr, verfällt er der Versuchung des magisch-organischen Traums. Erst aus den Forschungsergebnissen beider, Wirths und Kühns, ergibt sich eine plausible Lösung der Frühgeschichte, der geschichtlichen Dialektik der menschlichen Existenz und der ursprünglichen menschlichen Kraft.

Erich Troß.

Die neue Wohnung.

Man hatte jahrelang ein möbliertes Zimmer. Das Grauen vor beim fettigen Sofabezug und der tragwürdigen Tischdecke konnte man sich an. Die Schimmelpilze an der Zimmerdecke konnte man heimlich entfernen; meistens bestand aber die Wirtin darauf, daß sie es selber tat. Und auch politischen Gründen ist, wie der Berichterstatter der Ausschüsse hervorhob, der Vertrag zu begrüßen.

Weiter stimmte der Reichsrat dem deutsch-türkischen Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag zu, dem deutsch-türkischen Abkommen über den Rechtsverkehr in Zivil- und Handelssachen und dem Freundschaftsvertrag zwischen Deutschland und dem Königreich des Hedschas, Nedschd und der zugehörigen Gebiete. Ferner wurde ein deutsch-tschechoslowakisches Abkommen über gegenseitige Hilfe der Sicherheitsorgane bei der Verfolgung von Verbrechern genommen. Das Abkommen ergänzt bisherigen Verträge, die Preußen, Bayern und Sachsen mit Oesterreich abgeschlossen hatten, stammten aus den Jahren 1852 und 1864, eine zeitgemäße Aenderung war deshalb erforderlich. Auf preußischen Antrag hatte der Reichsrat in der Fassung seiner Zustimmung des Entwurfes die Worte: das Deutsche Reich erklärt seine Zustimmung Preußens, Bayerns und Sachsens mit der Tschechoslowakischen Republik das folgende Uebereinkommen ab“, dahin zu ändern, daß die Worte „mit Zustimmung Preußens, Bayerns und Sachsens“ gestrichen werden.

Ein Geschenk für die Berliner Staatsbibliothek

New York, 24. Okt. (Wolff.) Eine Mappe mit Briefen und Glückwünschen berühmter Künstler und Künstlerinnen der ganzen Welt, die seinerzeit von der amerikanischen Lilli-Lehmann-Liga als Huldigungsgabe für den 81. Geburtstag der großen Sängerin gesammelt wurden, aber infolge ihres vorzeitigen Hinscheidens nicht mehr überreicht werden konnten, wurde heute Oberbürgermeister Böß feierlich überreicht mit der Bitte, die Mappe der Staatsbibliothek in Berlin zu übergeben. Die Ueberreichung erfolgte durch den Dekan der Juilliard Musical Foundation, den bekannten Pianisten Hutcheson.

Explosion in einem Elektrizitätswerk. Im städtischen Elektrizitätswerk Eberswalde ereignete sich eine Explosion, die u. a. die Deckenplatten und die Fensterwände zerstörte. Die ganze Stadt war infolge Stunden ohne Strom.

= [Kunst in Frankfurt.] Die Thematik auf Karl Thorfordes Gemälden und Zeichnungen (ausgestellt bei Tritther) steht sich — in durchaus selbständiger, den vollen eigenen Ausdruck suchender Mischung — aus den beiden Grundzügen des seitgemäßen Erlebens der Wirklichkeit zusammen: aus dem Jdyllischen, das bei ihm persönlich erfasst ist, und aus dem Jdy-Bewegten, das auf irgendeine übergeordnete Weise in seine Bilder hineinragt. Eine rötliche Sandwand etwa steht in flächenhafter Stille hinter kostbewegter Vegetation, Kinder und Frauen auf einer Bank in den Anlagen sind in prangenden Farben vor einem schräg aufsteigenden Hintergrund gefegt, Schiffe aus dem Stadion geben die farbige Glut liefes Sommers in auffschreienden Farben wieder, und über einem Blumenstück, das bunt und freundlich blüht, kreuzen klingende Linien einander. Manches dieser Bilder könnte man zunächst als malerische Impression empfinden, aber in Wahrheit ist es nur der Ausdruck einer farbigen Eindruck noch eine persönliche Stimmung allein, sondern das Ergebnis einer Synthese ist deutlich in ihnen fühlbar und läßt hinter dem gemalten Bild einer heute vielleicht vergeblich ersehnten schönen Welt ein umfassendes Abbild von dem Wirklichkeit fehlen. Kohlezeichnungen — zumeist auf Reisen gezeichnet — werden in ähnlicher Weise wie die Oelgemälde und Pasteelle durch diesen hintergründigen Mitstoß, muss aus ihrem impressiven Gleichgewicht gebracht: auf der brachvollen Zeichnung vom hohen Staufen und dem Rechberg Berge, und die Dynamik der Natur steht hier in unmittelbarem Einklang mit dem Rhythmus der Wirklichkeit, wie die Gegenwart ihn empfindet und mit ihr der Künstler, der in ihr zur Reife kam.

Curt Grabenkamp.

= [Vom Rundfunk.] Die Reportage aus der Gerichtsschemie — Donnerstag abend im Frankfurter Sender —, die aus dem Institut des Professors Popp übertragen wurde, brachte einige bedrohliche Bilder aus der Hexenküche dieser Wissenschaft. Professor Popp und sein Herd mit vier harten Flammen, einem Backofen und Grill mit flottem Leben, Schwung, den Düften von nunverbaren Dingen, mit gebackenem Hecht und Ente vom Grill erregt. Die Atmosphäre baute Schränke für alles Gerät, hübsche Glasschränke für die Gläser und Tassen, einen Kultschrank für Speisen unterm Fenster. Alles auf kleinstem Raum, aber rationell praktisch. In der Küche wird kein unnötiger Schritt gemacht, denn alles ist ums Kochen herum, um der hantierenden Hausfrau sofort „greifbar“ zu sein. Durch das ständig heiße Wasser wird das Spülen fast zum Genuß. Man hat seinen Zöhler, seinen eigenen Gasmesser und die kleine Uhr, die die Kochzeit anzeigt. Man kann jede Stunde ablesen, wie groß der Stromverbrauch ist, und sich kontrollieren, wie wenig es ist trotz Bügeleisen und der hochergigen Lampen. Man merkt erst jetzt mit Bitterkeit, was die Vermieterinnen jahrelang an einem bestehen haben, wenn man fünf Mark für Licht in einem Zimmer bezahlte, und jetzt sind es noch nicht zwei für alle Räume.

Man kann allein sein. Keine Frau X. kommt mehr und bringt den feuchten Dunst der Waschküche ins Zimmer. Niemand stellt sich mehr hin und klagt über die wirtschaftliche Lage oder die Magenkrankheit der Tochter. Kein Mensch spricht die Zitzen, zum seine schlechte Laune oder seine mindere Erziehung zu dokumentieren. Die Atmosphäre ist gestiftet, hell und freidlich. Man atmet Ruhe. Kein Nachbar macht, der Stunden gibt; keine fremden Düfte kommen durch die Wände, weil die Türen zum Nachbarzimmer schlecht schließt. Keine Linie stört, kein Hausgerät belebigt die Augen, kein Plüschsofa fängt Staub, keine fremden Kinder laufen durch den Korridor. Die vier Wände umschließen ein Eigentum, das, mit manchen Opfern erkauft, jedes Opfer wert ist.

Lotte Weber.

Baden vor der Landtagswahl.

(Von unserem Korrespondenten.)

† **Karlsruhe**, 24. Okt. Je näher der Wahltag heranrückt, um so mehr wird in Baden der Wahlkampf durch den Kampf um das nationalsozialistisch-deutschnationale **Volksbegehren** in den Hintergrund gedrängt, um so schärfer tritt die Scheidungslinie zwischen den Anhängern des Volksbegehrens und allen anderen Parteien hervor. In der Presse des Landes wird das nicht in vollem Maße deutlich, weil ein Teil der als Geschäftsparteiblatt geltenden Blätter aus Gründen, über deren Natur wohl nirgends ein Zweifel besteht, in der Beurteilung des Volksbegehrens eine ängstliche Zurückhaltung übt, die im Effekt schon mehr auf eine versteckte Unterstützung hinausläuft. Da es aber falsch wäre, die Volksgenossen durch mit der zweideutigen Haltung dieser in Wahrheit gesinnungslosen Blätter zu belasten, so hat die Abwehrfront gegen den Generalvorstoß der Extremen tatsächlich auch an dieser Stelle keine Lücke. Die Agitation für das Volksbegehren sorgt hinreichend dafür, daß dieser Gegensatz nicht verwischt wird, und es ist ganz besonders die **nationalsozialistische Presse**, die hierbei das Menschenmögliche leistet.

Diese Presse, der sich in ihren hervorstechendsten Exemplaren von Standal- und Revolverblättern geringster Sorte nicht im mindesten unterscheidet, führt auch den gemeinsamen Kampf um Landtagswahl und Volksbegehren mit den widerlichsten Mitteln persönlicher Anpöbelung. Es muß immer wieder festgenagelt werden, daß die **badischen Deutschnationalen** gegen diese Standalmethoden ihrer nationalsozialistischen Bundesgenossen wie überhaupt gegen die ganze Hugenbergsche Politik der Verbrüderung von Deutschnationalen und Nationalsozialisten offenbar nicht das geringste einzuwenden haben. Ein einziger Deutschnationaler hat sich in Baden gefunden, der dieses irrsinnige Treiben nicht mitmachen will: der Chefredakteur der „Breisgauer Zeitung", Schmidt-Pfaffenweiler, der aus Freiburg gemeldet wird, aus diesem Grunde sein Amt **niedergelegt**. Ein solcher Einzelfall ändert leider nichts daran, daß die badischen Deutschnationalen heute zum kümmerlichen Anhängsel der Ultraradikalen von rechts geworden sind.

Es ist nicht zu erwarten, daß von dieser Seite her — wenngleich mit der Wahl einer Anzahl von Nationalsozialisten gerechnet wird — das Bild des badischen Landtags am tonangebenden Tische eine entscheidende Aenderung erfahren wird. Eine andere Gefahr ist dagegen nicht so nämlich die Nationalsozialisten stärker, als ihrer Anhängerzahl entspricht, im neuen Landtag vertreten sein werden, und zwar deshalb vertreten sein werden, weil sie ihre Leute bis zum letzten Mann an die Urne bringen, während von den anderen große Teile aus **Gleichgültigkeit** zu Hause bleiben. Diese Gleichgültigkeit, die sich damit berufigt, daß ja die Mehrheit der republikanischen Parteien ohnehin gesichert sei, ist in der gegenwärtigen Situation mehr noch als sonst unverantwortlich. Es ist sich nicht wiederholen, daß wie vor vier Jahren überhaupt nur 51 Prozent der Stimmberechtigten an der Wahl teilnehmen, daß diese Zehntausende von Anhängern der Regierungsparteien durch ihr Fernbleiben von der Wahl das Gewicht der Extremen im Landtag künstlich erhöhen. Die Mahnung zu **vollzähliger Beteiligung an der Wahl** muß insbesondere auch an die Mitglieder und Freunde der **Demokratischen Partei** gerichtet werden, der infolge der geringeren Straffheit ihrer Organisation die Neigung zur Wahlenthaltung in erhöhtem Maße Abbruch zu tun pflegt.

Amtliche Veröffentlichungen nur in verfassungstreuen Zeitungen.

✠ **Berlin**, 24. Okt. Die Reichsregierung hat vor kurzem im Einvernehmen mit der preußischen Regierung Richtlinien für die Auswahl von Zeitungen zur Bekanntgabe amtlicher Veröffentlichungen aufgestellt. Auf Grund eines Beschlusses des preußischen Staatsministeriums gelten nunmehr diese Richtlinien mit sofortiger Wirkung auch für alle preußischen Behörden und Dienststellen. Grundsätzlich ist danach bei der Auswahl der Zeitungen **ohne Rücksicht auf ihre politische Richtung** zu verfahren, ausgeschlossen von der Benutzung für amtliche Veröffentlichungen sind jedoch Zeitungen, die planmäßig die Verfassung oder verfassungsmäßigen Einrichtungen beschimpfen oder verächtlich zu machen suchen oder die über den Rahmen sachlicher Kritik hinaus die verfassungsmäßige Regierung, ihre Glieder und Anordnungen zum Zwecke der Verächtlichmachung der bestehenden Staatsform planmäßig mit unsachlichen und wahrheitswidrigen Mitteln bekämpfen. Soweit mit solchen Zeitungen vertragliche Bindungen bestehen, sind diese alsbald zu lösen.

Kalkutta, 24. Okt. (United Preß.) Wie aus Kabul gemeldet wird, hat **Nadir Khan** das Angebot **Aman Ullahs**, den Posten des afghanischen Gesandten in Rom zu übernehmen, **abgelehnt**.

Gesellschaft für soziale Reform.

(Drahtbericht unseres Korrespondenten.)

† **Mannheim**, 24. Okt. Sinzheimers zweistündiges Referat, das die Verhandlungen der Gesellschaft für soziale Reform über die Reform des **Schlichtungswesens** einleitete, war von Anfang bis zu Ende lebendig, gedankenreich und in hohem Maße fesselnd.

Sinzheimer wies auf den Wandlungsprozeß hin, den unsere Wirtschaft insofern erfahren hat, als sie in zunehmendem Maße aus einer privaten zu einer öffentlichen Angelegenheit wird, auf das Zurücktreten des Spiels der freien Kräfte, das an die Stelle des individualistischen ein kollektives Handeln setzt, und schließlich auf die Zwischenstellung der heutigen Wirtschaft, die nach der Auffassung Sinzheimers nicht mehr kapitalistisch und noch nicht sozialistisch ist, in der sich vielmehr kapitalistische und sozialistische Tendenzen die Waage halten. Den wesentlichen Gegensatz zwischen diesen beiden Tendenzen sieht der Referent in der Frage der Herrschaft der Marktgesetze. Auf der einen Seite stehen die Gewerkschaften, die den Protest der Arbeiterschaft gegen die strenge **Marktgesetzlichkeit** verkörpern, unter der die Arbeit steht, und die die Herrschaft der Marktgesetze über die Arbeit beschränken oder aufheben wollen. Die menschliche Arbeit soll danach unter keinen Umständen als Ware angesehen werden dürfen. Auf der anderen Seite das kapitalistische Prinzip, das die Herrschaft der Marktgesetze aufrechterhalten will. Keine der beiden Tendenzen ist heute klar genug, die andere zu verdrängen; es ist deshalb ein Ausgleich notwendig, der zwischen Marktgesetz und **Solidarität** liegt. Diese hatte zunächst die Aufgabe der **Befreiung**, und sie trägt damit dem öffentlichen Interesse Rechnung, las den Arbeitskämpfen heute zukommt. Wenn man bedenkt, daß der durch den großen englischen Bergarbeiterstreik entstandene volkswirtschaftliche Verlust auf sechs Milliarden geschätzt worden ist, so kann die Tatsache dieses öffentlichen Interesses nicht bestritten werden. Weiterhin wurde das Schlichtungswesen in den Dienst des kollektiven Ausbaues unserer Arbeitsordnung gestellt. Es sollte nicht mehr lediglich Friedensinstitution, sondern gleich Dienst an der Arbeitsverfassung, Hilfseinrichtung zum Tarifvertrag sein. Damit wird

das Schlichtungswesen Instrument zur Verwirklichung sozialer Selbstverwaltung.

die indessen ebenso wie die politische Selbstverwaltung ein Aufsichts- und Kontrollrecht einschließt. Schließlich aber ist dem Schlichtungswesen noch eine **lohnpolitische** Funktion zugewachsen, indem es sich die Aufgabe stellte, unter Umständen auf den Inhalt des Tarifvertrages vom Staate aus einzuwirken, und zwar aus sozialen Gründen. Diese lohnpolitische Funktion entspricht der gewerkschaftlichen Tendenz, die reine Herrschaft der Marktgesetze über die Lohnhöhe zu brechen, aber die Kapitalbildung nicht verhindert. Voraussetzung für die Ausübung der lohnpolitischen Funktion ist die **Verbindlicherklärung** des vom Schlichter gefällten Schiedsspruches. Der Referent geht bei näheren auf die Argumente ein, die Dr. Grauert vom Arbeitgeberstandpunkt gegen die Verbindlicherklärung gestern gemacht hat. Durch sie hindere angeblich der Staat die Gemeinschaftsarbeit zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden; sie beeinträchtige den unbeeinflußbaren Wettbewerb, sie verstoße gegen das sittlichen Gesetze mit Gewalt zu brechen. Demgegenüber bezweifelt Sinzheimer, daß zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmerverbänden überhaupt eine wirkliche Gemeinschaftsarbeit bestehe. Nach der Praxis und dem Willen des Reichsarbeitsministeriums solle die Verbindlicherklärung nur eine seltene Ausnahme für besondere Fälle, eine ultima ratio, sein. Die Eingriffe des Staates in den Vertragsschluß seien keine Gewaltmaßnahme. Mit dem gleichen Recht könnte man den Tarifvertrag eine Gewaltmaßnahme gegen die Freiheit des Arbeitsvertrages nennen, wie er vor dem Gesetz von den Unternehmern verfochten wurde. In zahlreichen Fällen sei es gar nicht mahr, daß der freiwillige Tarifvertrag einen angemesseneren Lohn festsetze als die Verbindlicherklärung. In einem Punkte stimmt Sinzheimer der an dem Schlichtungswesen und der Verbindlicherklärung geübten Kritik ausdrücklich zu. Auch er beklagt es, daß die Erwartung des Schiedsspruches vielfach

das Verantwortlichkeitsgefühl der Parteien geschwächt

und die Parteien zu unerfüllbaren Forderungen getrieben hat. Er glaubt nicht, daß man wegen dieser Erscheinungen, die einen Bestandteil der allgemeinen Krisis unseres öffentlichen Geistes seien, das Schlichtungswesen mit der Verbindlicherklärung aufgeben würde. Was solle denn nach der Aufhebung der Verbindlicherklärung geschehen, wenn ein großer Bergarbeiterstreik ausbreche und nicht zu Ende kommen wolle? Es gebe gewiß Fälle, in denen man die Kräfte sich messen lassen müsse, aber es gebe auch Fälle, wo ein laisser-faire des Staates zur Zerstörung ganzer Wirtschaftsgebiete führen könne. Seine besondere Aufgabe sieht Sinzheimer darin, daß dadurch die alten Tendenzen der Unternehmer nicht nur gegen den Zwangsvertrag, sondern überhaupt gegen jeden Tarifvertrag neue Möglichkeiten des Wiederaufleben erhalten würden.

Nur kurz ging Sinzheimer auf die Ausgestaltung des künftigen Schlichtungswesens ein. Er wandte sich gegen die Erfassung der Zuständigkeit des Reichsarbeitsministeriums durch die Zuständigkeit einer Schiedsstelle, die die Verbindlicherklärung praktisch ausschalte, weil sie zu schwerfällig arbeiten würde. Er lehnte eine Einschränkung der Voraussetzungen für die Verbindlicherklärungen ab, durch die die lohnpolitische Funktion des Schlichtungswesens gefährdet würde. Er verlangt Ausscheiderhaltung des Spruchschiedsspruchs und Wiederherstellung des alten Instanzenzuges. Entscheidungsreiches des Vorsitzenden, weil dies Voraussetzung einer ordnungsgemäß funktionierenden Verbindlicherklärung sei. Die letzte Rechtfertigung der Schlichtung sieht Sinzheimer darin, daß durch sie allmählich die Arbeitskämpfe zurückgedrängt und die Arbeitsverfassung zu einer normativen Institution innerhalb unserer allgemeinen demokratisch-sozialen Verfassung überhaupt werde. Wenn dies die künftige Aufgabe der Schlichtung sei, so sei die Verbindlicherklärung unentbehrlich.

Der zweite Referent Prof. Beckerath (Bonn) gelangte auf wirtschaftlichen Erwägungen zu einer Ablehnung der Verbindlicherklärung. Er ging davon aus, daß heute Sozialpolitik nur dann möglich sei, wenn gleichzeitig die Aktivität der Wirtschaft in gleichem Maße gesteigert werde. Deutschland bilde heute noch nicht entfernt wieder so viel Kapital, wie zu seiner internationalen Konkurrenzfähigkeit nötig sei. Gewiß gebe es höhere Aufgaben für die Wirtschaft, als die Güterproduktion auf das Maximum zu erhöhen; in einer Zeit aber, in der unsere Produktion noch nicht ausreiche, um die materiellen und kulturellen Bedürfnisse des Volkes zu decken, sei die Forderung der Produktionssteigerung zugleich eine Forderung nach Erhaltung der materiellen Grundlagen unserer Kultur und Freiheit. Schlichtung im Sinne der Befriedung, Hilfseinrichtung zum Zustandekommen von Tarifverträgen füge sich durchaus in das kapitalistische System ein und habe sich auch verschiedentlich erwiesen. Etwas ganz anderes aber sei die staatliche Lohnpolitik durch Festsetzung des Inhalts der Tarifverträge. Nach der Inflation sei das System der Lohnerhöhung durch Zwangsverträge möglich gewesen, weil damals das Lohnniveau so niedrig war, daß es ohnehin erhöht werden mußte. Seit ein bis zwei Jahren aber, nämlich seit das deutsche Lohnniveau bis zur Grenze des möglichen erhöht worden ist, sei das Zwangssystem **problematisch** geworden,

weil die Lage der Arbeiterschaft nur innerhalb der Grenzen der wirtschaftlichen Marktgesetze gehoben werden könne.

Die schlimmsten Wirkungen des heutigen Schlichtungswesens aber sieht der Referent in der Gefährdung des wirtschaftlichen Verantwortungsgefühls und des Verständnisses für die Existenzgrundlagen der heutigen Wirtschaft. Die Parteien wüßten heute bei den Verhandlungen im Schlichtungsverfahren nicht, was wirtschaftlich tragbar ist, sondern sie überlassen das dem Vorsitzenden; die Schlichtungsbürokratie aber kann bei noch so großer Tüchtigkeit die Aufgabe, den wirtschaftlich richtigen Lohn zu finden, nicht erfüllen. Die Festsetzung dieses Lohnes sei auf die Dauer nur im Wege des freien Spiels der Kräfte gelungen. Allerdings gebe es Fälle, in denen das öffentliche Interesse den Staat dazu führen müsse, den Frieden zwangsweise wiederherzustellen; aber auch das gescheite am besten im Rahmen eines auf freiem Spiel der Kräfte beruhenden Systems. Dafür werde am zweckmäßigsten sein besonderer rechtlicher Apparat geschaffen, sondern in diesen Fällen werde es Sache der Regierung und zwar des Gesamtministeriums sein, die notwendigen Schritte zu tun.

In der Debatte nahmen Vertreter sowohl der Arbeiter wie der Arbeitgeber zu den beiden Referaten Stellung. Die Vertreter der freien und der christlichen Gewerkschaften, Nörpel und Otte, stimmten in der Verteidigung des Schlichtungswesens mit Einschluß der Verbindlicherklärung überein. Auch sie sprachen aus, daß der Kreis der Fälle, in denen es zu einem Eingreifen zwischen Arbeitern und Unternehmern bilden müsse; auch sie wollen, daß die Ausdrogung von Differenzen im Wege des Kampfes nicht allgemein ausgeschlossen werde, für gewisse äußerste Fälle aber halten sie das Eingreifen des Staates im Wege der Verbindlicherklärung für notwendig. Gegen sie stellt der Vertreter des Arbeitgeberverbandes Nordwest, Dr. Grauert, in der Verbindlicherklärung die Unterwerfung der Wirtschaft unter den ausschlaggebenden Einfluß der Politik und eine Erschütterung des Gedankens der Arbeitsgemeinschaft. Die Möglichkeit des Zwangs untergrabe den Eifer zum Frieden, der Parteien und schwäche ihr Verantwortungsgefühl. In den äußersten Fällen aber, in denen aus staatspolitischen Gründen etwas geschehen müsse, könne durch das Gutachten eines Sachverständigenkollegiums ein Starr den Streitenden gegenüber geschaffen werden. Dr. Grauert erklärte im übrigen wie schon bei früheren Gelegenheiten auch heute kategorisch, daß die Arbeitgeber den Gedanken des Tarifvertrages anerkennen und nicht die Rückkehr zum freien Arbeitsvertrage erstreben.

Der übereifrige Herr Fabricius.

Nationalsozialistische Arrogany.

(Privattelegramm der „Frankfurter Zeitung".)

✠ **Berlin**, 24. Okt. Der nationalsozialistische Regierungsrat Fabricius, der zur Zeit noch am Landesfinanzamt Berlin wirkt, scheint, obwohl bereits wegen früherer Veröffentlichungen ein Disziplinarverfahren gegen ihn im Gange ist, es auf eine Kraftprobe mit seinen vorgesetzten Stellen anlegen zu wollen. In der „Deutschen Zeitung" beschuldigt er heute die Finanzverwaltung, Parteipropaganda zu betreiben und Beamte zu knebeln. Er begründet seinen Vorwurf damit, daß in seinem Dienstgebäude, ebenso wie in allen anderen Behörden und an allen öffentlichen Anschlagsäulen, im Auftrage der Reichsregierung das Plakat angeschlagen wurde, das unter der Ueberschrift „Steuersamen" den Aufruf zu einem Aufsatz- und Bildwettbewerb für Schulkinder der Deutschen Volkspartei gegen das Volksbegehren enthielt. Fabricius veröffentlicht den Wortlaut eines ziemlich arroganten Beschwerdebriefes, den er in dieser Sache an den Präsidenten des Berliner Landesfinanzamtes richtete. Er teilte dem Präsidenten darin mit, daß er das Plakat entfernt habe, und verlangte ultimativ, daß alle Plakate dieser Art entfernt oder daneben die der nationalsozialistischen Partei angebracht würden. Der Präsident des Landesfinanzamts reagierte auf diese Zumutung in der durchaus angemessenen Form, daß er dem Beamten mitteilte, daß, wenn genommene Plakat sofort wieder an der alten Stelle anzubringen. Daraufhin hat sich nun Fabricius, wie er mitteilt, mit einer **Beschwerde an den Reichsfinanzminister** gewandt. Das Plakat selbst ist inzwischen an der alten Stelle wieder angeschlagen und mit Dienstsiegel versehen worden. Nun hat der Reichsfinanzminister die Aufgabe, den übereifrigen Nationalsozialisten in seinen Dienstbereich, wie es im Amtsstile heißt, das Erforderliche zu eröffnen.

Urteil im Mordprozeß Schömig. Das Schwurgericht verurteilte den des seinen Ehefrau getrennt lebenden Maler Ludwig Schömig aus Stöffingen wegen Totschlags zu 1½ Jahren Zuchthaus. Gegen Schömig war Anklage erhoben, seinen Bruder Anton im November vorigen Jahres ermordet zu haben, um mit dessen Ehefrau unter dem Namen ihres Mannes zusammenzuleben. Der Staatsanwalt plädierte auf Todesstrafe wegen Mordes, das Gericht sah aber die Vorsätzlichkeit nicht als erwiesen an und verurteilte den Angeklagten wegen Totschlages unter Versagung der Zubilligung mildernder Umstände.

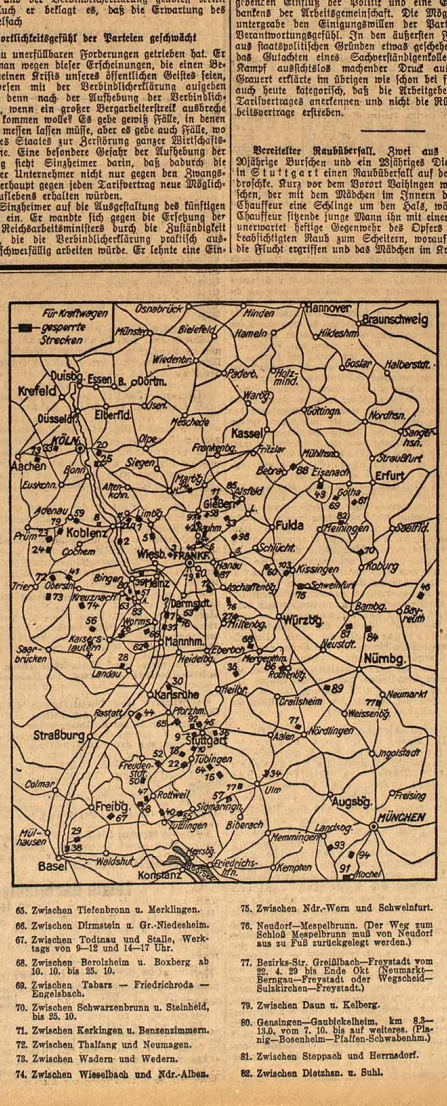
Ein blutiger Familienzwist. Am 22. Okt. gegen 19 Uhr wurden in der Hirtenstraße in Bad Kissingen der Schlosser Ernst Krusche und seine Frau vor ihrer Wohnung niedergeschossen. Die Frau wurde durch mehrere Schüsse sofort getötet. Krusche mußte in schwerverletztem Zustande nach dem Kreiskrankenhaus Strecken gebracht werden. Als Täter wurde der Bruder des Krusche festgestellt, der sich in der Nähe des Tatortes hinlegte und sich einen Schuß in den Kopf so schwer verletzte, daß er noch nicht vernehmungsfähig ist. Der Grund der Tat dürfte in Erbstreitigkeiten zu suchen sein. In den späten Abendstunden traf die Breslauer Mordkommission, die von dem Landjägerposten alarmiert worden war, am Ort der Tat ein.

Brand eines Getreidespeichers. In Sangerhausen brennt seit zwei Tagen der ausgedehnte Getreidespeicher der Firma Wilhelm, in dem sich etwa 120 000 Zentner Weizen und Gerste sowie große Mengen Futtermittel befinden.

GESPERRTE AUTOSTRASSEN

Hauptverkehrswege Südwestdeutschlands — Mitgeteilt vom Generalsekretariat des Frankfurter Automobil-Club (Automobilklub von Deutschland E. V.) — Stand vom 25. 10. 1929 — Das in ( ) Gesetzte ist die Umleitung

1. Limburg—Koblenz, in Gemarkung Nentershausen und Kleinholbach, km 10.7 bis 12.8, ab 26. 10. bis auf weiteres. (Landweg Großholbach — Obererbach, Landweg Nentershausen—Wallmerod).
2. St. Goarshausen—Braubach, in Osterspai, km 16.8 bis 17.7, vom 21. 10. bis 31. 10. (Wellmich — Dachsenhausen — Braubach).
3. Frankfurt—Limburg, Gem. Soden, km 6.5—7.1, vom 19. bis 31. 10. (Kronberger und Schwalbacher Str. in Soden).
4. Bis 1. 11.: Bahnhofstr. Schönenberg, von km 0.0—0.46. (Schönenberg—Kübelberg—Bahnhof.)
5. 14. bis 31. 10.: Wiesbaden—Diez, Orts-Bering Hahnstätten, von km 39.0—39.4. (Ortswege in Gemarkung Hahnstätten.)
6. Niederwöllstadt—Chausseehaus—Ilbenstadt, bis auf weiteres. (Nach Ilbenstadt über Klein-Karben—Großkarben, nach Assenheim über Bruchenbrücken.)
7. Biblis—Bobstadt, km 30.1—31.3, vom 21. bis 31. 10. (Wattenheim—Nordheim—Hofheim.)
8. Zwischen Mayen und Abtei Laach gesperrt.
9. Stuttgart — Markgröningen — Vaihingen-Enz bei Schwieberdingen bis auf weiteres.
10. Rohrdach—Waldenbuch auf Markung Rohrdach vom 21. bis 26. 10. (Ober Dettenhausen—Wall im Schönbuch.)
11. Nieder-Ohmen—Bermsfeld, vom 1. 10. bis auf weiteres. (Atzenhain.)
12. Babenhausen — Aschaffenburg, vom Altendorfer Hof bis Seilwerk II, vom 14. bis 25. 10. (Babenhausen—Harreshausen.)
13. Zwischen Nidegger und Klein-Hau (Kalch.
14. Zwischen Eisenhausen und Hommershausen.
15. Gächingen—Gomadingen bis auf weiteres (über Dettingen).
16. Kalmbach—Fürth, Ortsdurchf. Schierbach, vom 14. 10. bis 10. 11. (Lindenbach, vom 14. 10. bis 10. 11. (Lindenbach, vom 14. 10. bis 10. 11. (Lindenfels.)
17. Hayingen—Zwiefalten bis auf weiteres. (Ueber Oberwilzingen.)
18. Unterjettingen—Oschelbronn, von der Gabelung Unterjettingen—Oschelbronn bis Unterjettingen—Sindlingen bis Ende Juni 1930. (Unterjettingen—Oschelbronn bis Mitte Juni 1930. (Mätzingen.)
19. (Neubau—Hausenstamm km 0.3—4.12 vom 23. 9. bis 20. 11. (Wildhof—Hintermark.)
20. Zwischen Rösrath und Donrath.
21. Gelbachweg, Montabaur—Lahntalstraße, in Gemarkung Wirzenborn u. Reckenthal, km 4.2—5.3. vom 10. 10 bis 30. 10. (Montabaur—Nomborn—Heilbersceid.)
21a. Gelbachweg, Gemarkung Reckenthal, km 6.2—6.8 vom 23. bis 31. 10. (Heilbersceid.)
22. Zwischen Niedernau u. Obernau wegen Brückenentfernung voraussichtlich auf ein Jahr gesperrt. (Rottenburg—Remmingsheim—Obernau.)
23. Zwischen Daun und So.m.
24. Zwischen Maisburg und Manderscheid.
25. Von Troisdorf bis zur Hauptstraße Siegburg—Bonn.
26. Zwischen Esselsfurth und Enkenbach.
27. Zwischen Mondfeld und Wertheim.
28. Zwischen Röchlingen und Hauptstraße Landau—Annweiler.
29. Zwischen Lörrach und Steinen.
30. Bei Bretten, Richtung Bauschlott—Pforzheim.
31. Zwischen Buir und Bergheim.
32. Um-Ulmerfeld, von Laupheim bis Balringen, bis auf weiteres.
35. Zwischen Wohlmuthausen und Kirchensall.
36. Zwischen Schnaith u. Baltmannsweiler.
37. Bürstadt—Lampertheim km 35.06—39.64, vom 23. 9. bis 1. 11. (Lampertheim—Worms.)
38. Zwischen Schliengen u. Efringen.
39. Ortsdurchfahrt Heidesheim vom 17. 9. bis auf weiteres (über Bingerstraße).
40. Zwischen Idar und Tiefenstein vom 18. 9. bis auf weiteres. (Idar—Vollmerbach—Veitsrodt—Tiefenstein und Idar-Algenrodt—Schwollen—Siesbach—Heitzenrodt—Tiefenstein.)
42. Abzweig. Butzbach—Griedel einschl. Ortsdurchfahrt Griedel vom 9. 9. bis auf weiteres (Münzenberg—Rockenberg, oder soweit möglich über den Abzweig Dambach—Griedel).
43. Zwischen Eisenach und Hohe Sonne, bis 26. 10.
44. Zwischen Baden-West u. Kuppenheim.
45. Zwischen Enzweihingen und Schwieberdingen.
46. Zwischen Kirchenlamitz u. Weißenstadt.
47. Zwischen Villingen und Schwenningen.
48. Zwischen Schwenningen und Wellendach.
49. Heldenbergen-Bahnhof vom 4. 9. bis auf weiteres. (Umleitung über eine Notbrücke auf eigene Gefahr.)
50. Zwischen Dornhan und Welden.
51. St. Johann—Partenheim bis zur Binger Straße bis auf weiteres. (Ober—Hilbersheim.)
52. Bei Horb, Richtung Freudenstadt.
53. Gonterskirchen—Ruppertsburg vom 26. 9. bis auf weiteres (Laubach.)
54. Ortsdurchf. Eschzell in Richtg. Bisses vom 20. 9. bis auf weiteres. (Grundschwalheim.)
55. Zwischen Hausen und Thiergarten.
56. Zwischen Heimbach u. Berschweiler.
57. Von Munderkingen bis zur Hauptstraße Riedlingen—Ehingen.
58. Lauter—Laubach vom 13. 9. bis auf weiteres. (Westerfeld.)
59. Zwischen Breitscheid und Virneburg.
60. Bupbodenbach—Zeitlofs — Landesgrenze, Straße Brückenau—Jossa, bis 9. 11. (Bad Brückenau—Züntersbach—Schwarzenfels—Motten.)
61. Oberhof (Thür.)—Gehlberg—Gräfenroda bis auf weiteres gesperrt.
62. Zwischen Maxdorf u. Mutterstadt.
63. Wiebelsbach—Höchst i. O., km 28.3—34.39, vom 7. 10 bis 10. 11. (Zipfen—Ober-Klingen—Schloß Nauses.)
64. Zwischen Würtingen und Eningen.
65. Zwischen Tiefenbronn u. Merklingen.
66. Zwischen Dirmstein u. Gr.-Niedesheim.
67. Zwischen Todinau und Stalle, Werktags von 7—13 und 14—17 Uhr.
68. Zwischen Berolzheim u. Boxberg ab 10. 10. bis 25. 10.
69. Zwischen Tabars — Friedrichroda — Engelsbach.
70. Zwischen Schwarzenbrunn u. Steinheid, bis 25. 10.
71. Zwischen Kerkingen u. Benzensimmern.
72. Zwischen Thalfang und Neumagen.
73. Zwischen Wadern und Wedern.
74. Zwischen Wiesselbach und Ndr.-Albeu.
75. Zwischen Ndr.-Wern und Schweinfurt.
76. Neudorf—Mespelbrunn. (Der Weg zum Schloß Mespelbrunn und von Neudorf aus zu Fuß zurückgelegt werden.)
77. Bezirks-Str. Greißlbach—Freystadt vom 22. 4. 29 bis Ende Okt (Neumarkt—Berga—Freystadt oder Wegscheid—Sulzkirchen—Freystadt.)
79. Zwischen Daun u. Kelberg.
80. Gensingen—Gaubickelheim, km 8.3—13.0, vom 7. 10. bis auf weiteres. (Planig—Bosenheim—Pfaffen-Schwabenheim.)
81. Zwischen Steppach und Hermsdorf.
82. Zwischen Dietzhan. u. Suhl.
83. Ortsdurchfahrt Wallertheim, Neustraße zwischen Schimsheimer u. Bahnhofstraße, vom 9. bis auf weiteres. (Schimsheimer-, Gesellchen- und Bahnhofstraße.)
84. Zwischen Forschheim und Unter-Weilersbach.
85. Ermenrod—Gr.-Felda, vom 2. 10. bis auf weiteres. (Zellbach.)
86. Zwischen Rothenbury u. Herrn-Winden.
87. Zwischen Hanau und Kahl.
88. Zwischen Bebra und Berneburg.
89. Zwischen Ansbach—Lichtenau.
90. Zwischen Kochel und Schlehdorf.
92. Zwischen Lenborn u. Heimerdingen.
92. Zwischen Rott und Diessen.
94. Zwischen Unter-Ambach u. Münsing.
97. Vom Bahnhof Gr.-Linden—Leihgestern vom 2. 9. bis auf weiteres. (Gießen bzw. Langsdorf.)
98. Ortsdurchfahrt Bindsachsen in Richtg. Geinhaar u. Büdingen vom 2. 9. bis auf weiteres. (Kefenrod resp. Wenings.)
103. Zwischen Bad Kissingen u. Euerdorf. 15. 10. bis 1. 12.: Euerdorf—Bad Kissingen, von km 36—41. (Fernverkehr: Hammelburg—Euerdorf—Bad Kissingen. Nahverkehr: 1. Euerdorf (Wildfuhrstr.) — Gartz. 2. Euerdorf—Ramstal—Arnshausen.)



AUTOFALLEN

Baden:

Baden-Baden: in der Maximilian- und Langen Straße als solche Ortsteil nicht zu erkennen). Bretten: Knittlingerstraße. Falkensteig: Bellental bei Freiburg. Heidelberg: Hohlebruch. Heidelberg-Handschuhsheim: Marbach b. Villingen. Mosbach bei St. Georgen (nur Hüfingen). Nördlingen: Pforzheim: Vorortstraße. Schriesheim: Bergstraße. Sinsheim: Eutlingen: Kastatt um hinter Etlingen (Bruchhausen, 4 Häuser). In Heidelberg wird zu raschen Fahrten in vielbefahrenen Schutzleuten zur Anzeige gebracht.

Bayern:

Ludwigsfeld bei Neuulm. Perlach bei München. Pfaffenhofen a. d. Ilm (als geschlossener Ortsteil nicht zu erkennen). Röttenbach, Oberschoeckenbach b. Rotenburg o. d. Tauber (nicht zu verwechseln mit Röttenbach bei Erlangen). Rothenburg o. d. T., nicht als geschlossener Ortsteil zu erkennen. Sankt Georgen (Bayerischer Wald). Sankt Wendel (Unterfranken) wird auf der geraden übersichtlichen Zufahrtsstraße von Mellrichstadt her gesperrt. Pappenheim und Rothenstein (Mittelfr.). Laubau bei Kempten (Allgäu).

Hessen:

Arheilgen, Endstation der Straßenbahn. Die wegen örtlichen Verhältnisse nicht übersichtlich gelegene Einmündung der Straße Arheilgen—Darmstadt in die Straße Arheilgen—Eberstadt. Die Straße ist dort breit und übersichtlich. — In Bad Soden im Taunus auf der Straße Bad Soden—Neuenhain—Königstein. — In Eiterfeld-Barmen (Hochstraßenscheitelkreis 40 km). In Schlungenhof (Kr. Wetzlar). In den Ortschaften Lutterberg und Landwehrhagen, zw. Kassel und Münden, wird jeder Kraftfahrer, der über 25 km fährt, von unsichtbaren Beamten abgestoppt.

Württemberg:

Altbach O.-A. Eßlingen. Aepfingen O.-A. Biberach. Bellstein, Brühl b. Eßlingen. Bad Dürrheim bei Schwenningen. Crailsheim. Schloß Dürrmenz-Mühlacker. Hemmingen O.-A. Brackenheim von der Schule bis Ortsausgang Nordhausen. Ehingen (Donau): In der Münsterstraße zwischen Haus 99 u. 100 (als geschlossener Ortsteil nicht zu erkennen). Ertingen O.-A. Riedlingen: Hauptstr. Geislingen (Steige) m. mil. Göppingen. Geschwend: Gallasdorfer Straße. Gundelfingen, Größhepach. Koraweshaimer mitten im Ort. Laufen O.-A. Rottweil (das Vorhandensein eines geschlossenen Ortsteils ist schwer zu erkennen). Liemingen O.-A. Maulbronn. Loffenau (20 km). Ludwigsburg: In der Nord, Schloßstraße und der Stuttgarter Straße. Maulbronn. Neuenürg. Neunthal bei Kohl am Rhein. Neuhausen a. d. Fildern. Sindelfingen. Stuttgart: Bahnhof. Sindelfingen. Spalchingen-Stetten am kalten Markt. Uhingen. Schloßstraße. Vaihingen a. d. Enz. Verbindungsstraße. Vaihingen b. Reutlingen: vom Ortseingang bis Reutlingen. Vom Ortseingang bis zum Bahnübergang b. d. Station Unterhausen zwischen den Häusern Wilhelmstr. 32—38, Straße d. d. Stuttgarter Straße zwischen Haus 83 u. 69 (als geschlossener Ortsteil nicht zu erkennen). Vilsbiburg. Wildbad. Wangen (Allgäu): am Ausgang nach Leutkirch und am Ausgang nach Lindau. Wöhlingen: (20 km), zwischen Hauptstr. Zaisenhausen in der Hauptstraße. Dublingen, Strecke Pfullingen—Honkingen. Ganz besonders raffinierte Stoppstelle durch in Zivil gekleidete Beamte und von ihnen Privatwagen aus. Kochendorf bei Neckarsulm. Altenmünster bei Crailsheim. Ballingen: Hauptbergstraße. Böhringen. Ellwangen: bei der Einfahrt von Aalen her. Herrenberg: von Haus Nr. 18 bis zur Turnhalle. Pfullingen. Pfullingen, vom Ortseingang. In Ehingen. Oberamt Böblingen befindet sich am Eingang von Böblingen her eine flache Steigstrecke, die nicht als übersichtlich zu erkennen ist. Die Fahrbahn verengt sich unvorbereitet einem gelben Schild mit der Aufschrift: „Autovermietung Karl Häfele". Der Beamte pflegt der größeren Neugierde wegen selbst bei dieser Ausübung seines schweren Berufes auf dem kleinen Balkon des Hauses zu sitzen. Der zweite Beamte befindet sich in einem Abstand von 200 Meter.